

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

31. Woche für die Zeit vom 1. bis 7. August 1902.

Posen, den 12. August 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 174 des Goniec Wielkopolski

vom 30. Juli 1902:

Es läßt uns kalt.

Es ist uns vollkommen gleichgültig, ob das Programm für die Festlichkeiten bei Anwesenheit des Kaisers eine Abänderung erfährt, oder nicht; ob die Fenster in den Straßen, welche der Kaiser passiert, offen sein dürfen, oder nicht; ob man wird auf dem Balkons stehen dürfen, oder ob die Tribüne auf der Stelle aufgestellt sein wird, wo das Berliner Thor war, oder wo anders. Für die polnische Bevölkerung ist es vollkommen gleichgültig, ob der Empfang einen militärischen Charakter tragen wird, oder einen andern; ob der Triumphzug in die gewissermaßen wiedereroberte Stadt die Macht der Armee erkennen lassen wird, oder nicht. Das polnische Volk weiß ganz genau, daß in und um Posen mehr als 90 000 Mann versammelt sein werden. Mag das Militär manövrieren, wo es will, von den Polen wird es niemand belästigen; kein Pole ist so naiv, daß er sich irgend welche Demonstrationen oder Uebergriffe erlauben würde. Es läßt uns alles kalt; wenn auch eine Million Soldaten im Posen'schen einquartiert werden würde, so wird das die Polen dennoch nicht hindern in Bezug auf ihr angeborenes und göttliches Recht fortwährend auf der Hut zu sein und ihr Bürgerrecht wahrzunehmen. Gestützt auf loyale Grundlagen kämpfen die Polen nicht mit materiellen, sondern mit geistigen Waffen um ihr Recht. Sie kämpfen mit der Kraft des Geistes; gegen diese Macht kann auch eine Million Bajonette und Kanonen nichts ausrichten. Diese geistige Macht läßt sich durch Soldaten nicht einschüchtern. Wenn die deutschen Zeitungen sagen, die vielen Soldaten kämen nach Posen um die Polen einzuschüchtern, so muß man sich darüber wundern, denn die Polen sind ja keine Sperlinge, gegen welche man Bogelscheuchen aufstellt. Die Pickelhauben kennen wir alle sehr genau, die preußischen Kanonen sehen wir fast täglich, wir haben uns an sie gewöhnt, sie machen auf niemanden mehr Eindruck. Das Knallen wird die nervenschwachen Leute angreifen, die polnischen sowohl, wie die deutschen. Die Polen wissen auch sehr genau, daß diese Kanonen ohne Grund nicht gegen sie gerichtet werden dürfen und deshalb sind sie ruhig und bewahren kaltes Blut. Aber es kommen andre Befürchtungen auf, die Vergangenheit hat uns manches gelehrt.

Die Angelegenheit „Värensprung“ ist uns noch im Gedächtniß. Die fortwährenden Aufreizungen des deutschen Volkes gegen die Polen durch die deutschen Zeitungen können auch ihre Folgen haben; besonders geeignet hierzu sind die Augenblicke des

Enthusiasmus, welche zweifellos während der großen Feierlichkeiten in Posen eintreten werden. Die Deutschen sind ja allerdings schwerfällig, aber in ihren Adern fließt dennoch kein Wasser oder Bier, sondern Blut, folglich sind Erregungen nicht ausgeschlossen, auch sie können in Enthusiasmus oder Ekstase gerathen. Wenn überhaupt von Uebergriffen die Rede sein kann, so müssen wir in erster Linie Uebergriffe von deutscher Seite befürchten. Das polnische Volk sollte auf solche Momente vorbereitet sein, gerade in solchen Augenblicken könnte ihre Ueberlegung und ihr kaltes Blut auf die Probe gestellt werden; jedes Individuum muß strengstens auf sich achten; am besten ist es die Orte zu meiden, wo größere Ansammlungen von Deutschen stattfinden werden. Auch im allgemeinen Umgang mit dem Publikum erscheint Vorsicht geboten, denn ganze Legionen von Geheimpolizisten sind aufgeboten; die Polizeienten laufen schon jetzt überall umher, es könnte kommen, daß jemand ein unachtsames Wort spricht, für welches er dann schwer büßen müßte. Die Polizei bedient sich der Agenten polnischer Herkunft; es wird uns berichtet, daß Leute als Polizeienten fungiren, von denen es niemand glauben würde, daß sie im Dienste der Polizei stehen, und doch ist es so, der Mannon besticht so manchen, und für Geld übernimmt mancher sogar Dienstleistungen für die Polizei; solche Spitzel sind die gefährlichsten, denn sie wollen gern etwas für's Geld berichten und verleiten daher die Menschen zu unbedachten Aeußerungen. Endlich drohen Gefahren von Seiten der Hatzatisten, für sie ist die antipolnische Heze ein Bedürfnis geworden, denn aus ihr ziehen sie ihren Nutzen, also auch von ihrer Seite muß man künstlich hervorgerufene Vorkommnisse befürchten, welche sie dann für ihre Zwecke ausnutzen.

Daher kann man unsern Landsleuten im Posen'schen nicht genug anempfehlen, vorsichtig und überlegt zu sein. Am besten ist es, jede Berührung mit den Deutschen und mit verdächtigen Persönlichkeiten zu vermeiden. Es ist eine Tugend über alle Tugenden stets die Zunge hinter den Zähnen zu halten.

Aus Nr. 170 des Dziennik Kujawski

vom 27. Juli 1902:

In einen Artikel der Post betreffend die Kaiserreise nach Posen anschließend, bemerkt der Dziennik Kujawski Folgendes:

Jetzt bringt es die Sonne an den Tag.jene Hatzatisten dort stellen in Uebereinstimmung mit ihrer Politik die Polen als erzgefährliche Elemente dar und verkünden, daß die fanatisirte Gesinnung der Polen sie um die Sicherheit der Person des Kaisers besorgt mache. Sie fordern auf, Vorsichts-

maßregeln zu treffen, um der Möglichkeit „verbrecherischer Excesse“ vorzubeugen. Deshalb thun sie, als ob sie es wünschten, daß der Kaiser die Reise nach Posen einstweilen unterlassen möchte; im Grunde genommen jedoch wünschen sie es weder, noch nehmen sie an, daß dem Kaiser von Seiten der Polen die geringste Gefahr drohe. Im Gegentheil, die Hofatisten wissen es so wie alle anderen, daß die Polen die ruhigsten Bürger sind. Aber das Lügen liegt in ihrem Interesse. Folglich haben sie den Breschener Aufruhr, das triviale Vorkommniß auf dem Markte in Inowrazlaw u. s. w. als Revolution dargestellt. Und nicht nur, daß sie die Verschiebung der Kaiserreise nicht wünschen, haben sie sogar Verlangen, aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers eine große antipolnische Demonstration zu inszenieren, einen großen Festtag des Rassenhasses, über den sich die Mächte der Hölle werden freuen können.

Das Bromberger Tageblatt fordert die Deutschen Posen's auf, am 3. September durch eine mächtige Manifestation zu bekräftigen, daß sie in der polnischen Frage treu an der Seite des Kaisers stehen. Wir verstehen, was das bedeutet: Eine Heiße auf „urdeutscher Erde“ gegen das die Deutschen bedrückende polnische Element.

Das haben wir während der Zeit der Anwesenheit des Kaisers Wilhelm auf unserer polnischen Erde auch zu erhoffen.

Aus Nr. 341 des Kuryer Poznański
vom 27. Juli 1902:

Die Ehrung des Andenkens des Kardinals Ledochowski.

Ein Kreis von Bürgern der Stadt Posen und der Provinz hat den Herrn Patron v. Jackowski ersucht, eine Kommission zu bilden, deren Aufgabe es wäre, ein Komitee zu wählen zwecks Erwägens der Form, in welcher das Andenken des Kardinals Ledochowski durch ein Denkmal oder auf andere Weise zu ehren wäre.

Aus Nr. 347 des Kuryer Poznański
vom 31. Juli 1902:

Die Niederlegung eines Kranzes auf dem Grabe Sr. Eminenz, des Kardinals Ledochowski.

Aus Rom erhielten wir von dem Grafen Mathias Mielzynski gestern am späten Abend ein Telegramm über die Niederlegung eines Kranzes durch ihn auf dem Grabe des verstorbenen Kardinals Ledochowski. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Kategorisch verbot man, den Kranz mit Schleife auf dem Grabe des verstorbenen Kardinals Ledochowski niederzulegen. Ich habe die Schleife mit der Inschrift dem Prälaten Meszczynski übergeben.“

Dies Telegramm klingt so geheimnißvoll, daß wir mit unseren Bemerkungen zurückhalten müssen, bis ein aufklärender Brief eingegangen sein wird.

Aus Nr. 351 des Kuryer Poznański
vom 2. August 1902:

In Sachen der Niederlegung eines Kranzes auf dem Grabe des Kardinals Ledochowski

theilt uns Graf Mathias Mielzynski mit, in Rom sei die Niederlegung von Kränzen auf den Gräbern von Kardinalen überhaupt verboten und die Erlaub-

niß hierzu werde nicht erteilt. Herr Graf Mielzynski hat also durch Vermittelung des Prälaten Meszczynski eine Schleife mit Inschrift ohne Kranz niedergelegt, nachdem er den Kranz wegen des in römischen Kirchen herrschenden Brauchs nicht niederlegen konnte.

Von einem der Priester unserer Diözese erhielten wir in der Kranzangelegenheit heut nachstehendes Schreiben:

„Die Zweifel des Kurier hinsichtlich der Nichtannahme des Kranzes lassen sich beseitigen durch den Grundsatz der heiligen Kirche, daß Kränze auf Särgen unangebracht sind. Wahrscheinlich hat das Freimaurethum diesen Brauch hervorgerufen; die heilige Kirche hat dieser Mode stets entgegenzuwirken gestrebt. Der Erzbischof von Köln hat unterm 25. April 1891 verboten, mit Kränzen geschmückte Särge in die Kirche zu tragen. Das Dekret der römischen Kongregation der Riten Nr. 3909 vom 22. Mai 1896 lautet: „Dedecet in parietibus Ecclesiae vel publici Oratorii suspendere coronas mortuarias, ut inibi permanent.“ Vielleicht trägt dieser Fall dazu bei, die Mode der Trauerkränze zu beseitigen und ein anderes Mittel ausfindig zu machen, um einen Verstorbenen zu ehren, z. B. durch Spendung einer entsprechenden Summe für irgend eine nützliche Einrichtung.“

Aus Nr. 176 des Goniec Wielkopolski
vom 1. August 1902:

Trauerandachten.

Trauerandachten für die Seele des verstorbenen Kardinals Ledochowski fanden statt:

In Posen am Montag in der Martinskirche. Sie wurde abgehalten vom Prälaten Dr. Lewicki. Die Kirche war überfüllt. In Kolberg hielt der Weihbischof Wikowski eine Andacht ab.

In Krakau im Dome auf dem Wawel hielt am Montag der Kardinal Bushna eine Andacht ab, welcher bewohnten: Der Delegat Fiderowicz, der Stadtpräsident Friedlein, die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, der Brudersohn des Verstorbenen, Artillerieleutnant Ignaz Graf Ledochowski u. v. a.

In Karlsbad in der Magdalenenkirche hielt am Montag der Domherr von der Wawelskatedrale in Krakau Szpis unter Assistenz der Geistlichkeit eine Trauerandacht für die Seele des verstorbenen Kardinals Ledochowski ab, und der Abgeordnete Geistliche Pastor hielt eine polnische Predigt voll Kraft und Patriotismus. Der beredete Prediger berührte die Angelegenheit des deutschen Religionsunterrichts, erinnerte an das Bismarck'sche „Ausrotten“ und forderte zur Ausdauer im Glauben und zu unausgesetzter realer Thätigkeit zum Ruhm und für die Zukunft Polens auf. Ein überaus zahlreicher Kreis hier weilender Polen nahm an der feierlichen Andacht Theil.

Aus Nr. 177 des Goniec Wielkopolski
vom 2. August 1902:

Ein Stein-Denkmal oder ein anderes?

Der Kurier Poznański hat schon eine Zeichnerliste zu Gaben zum Denkmal für den Kardinal Ledochowski eröffnet. Die Herren Patron v. Jackowski und sein Sohn Dr. Thadeus v. Jackowski haben schon 15 und 10 Mark gespendet.

Aus diesem Anlaß ist es an der Zeit die Frage aufzuwerfen, was für ein Denkmal die Herren er-

richten wollen, ferner, wo es aufgestellt und welcher Art es sein soll, denn bisher ist hiervon nirgends die Rede gewesen. Was uns anbetrifft, so sind wir für die Errichtung eines Denkmals, aber nicht für ein Denkmal aus Stein, Erz oder Eisen, sondern für ein Denkmal fester wie Granit. Ein solches Denkmal würde die Errichtung eines Fonds auf den Namen des Kardinals Ledochowski sein. Ein solches Denkmal würde ehrenvoll sein, der Allgemeinheit zum Wohle gereichen, aber auch von Nutzen sein. Ein erstes bestes Denkmal aus Stein oder Metall für billiges Geld kann man, wie man so sagt, dem Kardinal und Primas nicht setzen, und zu einem Denkmal, das hundert Tausende verschlingt, reicht's uns nicht.

In unserer kritischen Gegenwart, in der wir von allen Seiten angefeindet werden, wo ganz Polen für die Breschener Opfer sammelte, wo in Galizien gelegentlich der Grunwaldfeier für uns die Gaben zu Hellern zusammen geschossen werden, um wenigstens einige Gluren polnischen Landes vor Verlust zu bewahren, da sollten wir todte Sandstein-Denkmäler stellen, die uns in unserem Dasein nichts helfen können, und nur die Mittel zur Vertheidigung der bedrohten Nationalität verringern? Wie? Wir wagen es, von unseren Brüdern und czechischen Halbbrüdern hinter der Grenze Heller-Gaben und Sammlungen für die Breschener Opfer anzunehmen und wir selbst hier zu Hause sollten ein kostbares Denkmal von vergänglichem Stein setzen, obgleich wir ein Denkmal setzen sollten, dauerhafter wie Granit und Erz, ein großartigeres Denkmal, das langen, langen Generationen den Namen des Kardinals Ledochowski in Erinnerung brächte und diesen Namen dankbarem Andenken überwiese.

Wir sind nur für ein solches Denkmal und für kein anderes.

Das Setzen eines Denkmals von Stein überlassen wir Anderen, hierzu berufeneren Faktoren, der Familie des seligen Kardinals, dem Wohlloblichen Dom-Kapitel, aber die Allgemeinheit mag ihre wenn auch wenigen Groschen zu einem Kardinal Ledochowski-Fonds sammeln.

Der Neffe des Kardinals Ledochowski soll, wie die italienischen Zeitungen mitgetheilt haben, eine Million geerbt haben. Es würde daher in erster Linie seine Pflicht sein, sich um Setzung eines Denkmals in Posen für seinen großen Onkel zu kümmern und zwar schon aus reiner Dankbarkeit.

Wie das *Slowo Polskie* mittheilte, ist der Neffe des Kardinals Ledochowski vollständig verdeutscht, ebenso eine Tochter des Bruders des Ledochowski, die Gräfin Ledochowska. Sie sollen sich schon gar nicht mehr zur polnischen Nationalität bekennen, obgleich sie gute Katholiken sind. Mögen doch sie ein Denkmal setzen, damit dieses ihnen vor Allem in Erinnerung bringen möge, daß ihr großer Onkel auf dem Throne des heiligen Wojciech gesessen hat, daß er Primas von Polen war und sie somit daran erinnert würden, was sie der Nationalität schuldig sind, der sie angehören und zu der sich ihr Onkel, Kardinal Ledochowski bekannte.

Unsere Allgemeinheit wird gewiß die Verdienste des Kardinals zu schätzen wissen, jedoch ist zur Wahrung seines Andenkens ein Denkmal von Stein nicht durchaus erforderlich. Wenn nun ein Denkmal sein soll, so mag es sein, aber dann ein solches Denkmal, das in den Herzen der polnischen Geschlechter in dankbarer Erinnerung fortbestehen möge, wie besteht und bestehen bleiben wird zur Ehrung Karl Marcinkowskis das Denkmal des Vereins zur Lernbeihilfe.

Unsere allgemeinen Institutionen haben keine ausreichenden Mittel und verschiedene Bedürfnisse zu befriedigen sind sie nicht im Stande.

Wir sind für die Bildung eines Fonds auf den Namen Kardinal Ledochowski und zwar sei es zum Zwecke der Beihilfe zum Studium, oder zur Beschaffung von Volkslehbibliotheken oder auch zum Ankauf von Aktien der Bank Biemski, deren Zinsen den Wohlthätigkeits-Instituten zuzuweisen wären.

Wir werden gern Gaben zu einem Denkmal für den Kardinal Ledochowski entgegen nehmen, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, nicht zu einem Denkmal von Stein oder Erz, sondern zur Gründung eines Fonds auf den Namen Kardinal Ledochowski.

Wir meinen, daß die geehrten Leser die Richtigkeit unserer Ausführungen anerkennen, und daß, falls sie Gaben sammeln werden, sie diese im Sinne der Schaffung eines sozialnationalen Fonds geben werden.

Aus Nr. 176 des Lech

vom 3. August 1902:

Gnesen, den 2. August 1902.

Eine halbe Million Mark

soll — der Gnesener Zeitung zufolge — ein in der Schweiz verstorbener früherer Besitzer aus Christinenfelde (?) in Westpreußen für die Erziehung der polnischen Jugend ausgesetzt haben. Uns kommt diese Nachricht — ohne Nennung dieses freigebigen Sponsors — sehr unwahrscheinlich vor.

Aus Nr. 180 des Wielkopolanin

vom 6. August 1902:

Antwort

der polnischen Stadtverordneten Posens

auf die vom Oberbürgermeister Herrn Witting am 12. Juni 1902 im Herrenhause gehaltene Rede. (Hier folgen die einschlägigen Stellen der Rede, welche die Behauptung enthalten, daß die von der Stadt Posen vereinnahmten Schul- und Armenunterstützungsgelder zu drei Vierteln den Polen zu Gute kämen, während die Polen höchstens ein Viertel sämtlicher Steuern aufbrächten, und ferner, daß aus den Legaten und privaten Wohlthätigkeitsstiftungen die Polen sieben Achtel erhielten, während sie für solche Zwecke nicht einen Groschen hergäben.) — So sprach Herr Witting im Herrenhause. —

Als der mitunterzeichnete Stadtverordnete Herr von Trompeczynski in der Stadtverordneten-sitzung vom 25. Juni d. J. in Folge der oben erwähnten Rede erklärte, daß der das Wort ergreife, um die Sachdarstellung der Verhältnisse in der Stadt Posen näher zu erläutern, erklärte der Herr Oberbürgermeister dem Stadtverordnetenvorsteher, Herrn Herzberg, er werde sofort den Sitzungssaal verlassen, weil er nicht zulassen könne, daß sein Auftreten im Herrenhause in der Stadtverordneten-sitzung einer Kritik unterzogen werde. Man braucht keinerlei Beweise, um festzustellen, daß ein solches Verhalten des Herrn Oberbürgermeisters einer rechtlichen Grundlage entbehrt, da einerseits jede Gemeindeangelegenheit, also auch die außerhalb der Sitzungen berührten Angelegenheiten, Gegenstand der Berathung in den Stadtverordnetensitzungen sein können, (§ 35 der Städteordnung), und an-

dererseits erscheint es angebracht, den Herrn Oberbürgermeister daran zu erinnern, daß er sich im Herrenhause ausschließlich als Repräsentant der Stadt Posen befindet. Nach diesen beiden Gesichtspunkten wird er, wenn er länger in Posen verbleibt, die Kritik seiner Thätigkeit im Herrenhause ertragen müssen, ohne Rücksicht darauf, ob ihm das gefällt oder nicht.

Wenn wir polnischen Stadtverordneten in diesem Falle von einer mündlichen Interpellation Abstand genommen haben, so ist es hauptsächlich deswegen geschehen, weil wir nicht wie der Bürgermeister mit einer schwer zu kontrollierenden privaten Statistik, sondern mit Ziffern, deren Echtheit ein jeder ruhig bestätigen kann, operiren werden.

I.

Der Herr Oberbürgermeister behauptet vom polnischen Volke, daß es nur ein Viertel der Steuerlasten trage, während es drei Viertel der Armenkassen-Einkünfte aufzehre.

Wenn diese Steuerstatistik richtig sein sollte, so läßt sich die schwächere Steuerkraft der Polen nur damit erklären, daß die Erwerbsverhältnisse der polnischen Bevölkerung sehr schwierige sind, weiter, daß sich unter den Tausenden von Beamten nur wenige Polen befinden und schließlich, daß die Polen verhältnismäßig weniger Grundbesitz in der Stadt Posen haben, als die Deutschen. Die Möglichkeit aber, daß die Polen mehr Grundstücke besitzen könnten, bereitet dem Herrn Bürgermeister, zufolge derselben Rede, ein im hohen Grade unangenehmes Gefühl. Daraus ersieht man, wie schwierig es ist, den Herrn Bürgermeister zu beruhigen.

Was dagegen die Armenkassen betrifft, so muß man erwidern, daß es schon vom rechtlichen Standpunkte aus nicht statthaft ist, aus der Unterstützung der Armen durch die Gemeinde, eine parteipolitische Frage zu konstruiren, oder auch die Hilfeleistung für die Armen auf Rechnung irgend einer politischen Partei zu setzen. Die neuzeitige Kultur sieht in dem Armen, der einer Unterstützung bedarf, nur den Menschen, und das Gesetz selbst sieht den Armen als einen politisch Passiven an, indem es ihm das Wahlrecht nimmt, andererseits räumt das Gesetz dem fremden Armen dasselbe Unterstützungsrecht ein, als wie dem Heimathsberechtigten. (§ 64 des Gesetzes vom 8. 3. 1871.) Da außerdem die Unterstützung der Armen der Stadt Posen überschätzt wird, so muß festgestellt werden, daß der allgemeine Zuschuß der Stadt Posen für arme Waisen und für Pflege der Kranken im Jahre 1902/03 488 228,19 Mark beträgt, während das summarische Ordinarium für denselben Zeitabschnitt 3 697 426,85 Mark ausmacht. Außerdem kann man nicht behaupten, daß die Stadt Posen für irgend einen Armen deshalb etwas thue, weil er ein Pole sei, oder auch nur, daß die Stadt für ihre Armen mehr thue, als es ihr die Gesetze vorschreiben, oder mehr als andere Städte.

Es ist daher nicht klar ersichtlich, in welchem Zusammenhange die Armenlasten zu der nationalen Frage stehen.

II.

Noch weniger verständlich ist es jedoch, wie der Herr Oberbürgermeister bei den Schullasten von den den Polen zu Theil werdenden Wohlthaten sprechen konnte. Bei einer anderen Gelegenheit hat doch der Herr Oberbürgermeister seinen Vorwurf darin zusammengefaßt, daß die Polen große Schullasten tragen müßten, wenn die Schulen konfessionelle Schulen wären. Darauf erwidern wir, daß sich

das polnische Volk mit Händen und Füßen gegen die Einführung der Simultanschulen gestäubt hat, daß es jedoch überstimmt worden ist. Der Herr Oberbürgermeister weiß gewiß auch, daß die polnische Sprache in den Posener Schulen ausgeschlossen wurde, und daß diese Schulen amtlich als Germanisirungs-Anstalten bezeichnet wurden.

Hierauf wird man uns antworten, daß dies nicht zum städtischen Verwaltungsbereich gehöre. Es kann wohl wahr sein; in jedem Falle aber beweisen diese Umstände, wie unangebracht die Phrase von den „Wohlthaten“ ist. Außerdem tragen die städtischen Organe auch dazu bei, daß die polnische Bevölkerung Posen's in Schulan gelegenheiten nur die Rolle einer armen, die Lasten tragenden Masse spielt. So hat man es zum Beispiel ungeachtet dessen, daß drei Viertel der Schulkinder polnischer Nationalität sind, für angebracht erachtet, auf 15 Mitglieder der städtischen Schuldeputation nur einen Polen zu wählen, unter dem Vorwande, daß die Polen Gegner der Simultanschule seien.

In Anbetracht dieser Sachlage war es ein Ding von besonderer Dreistigkeit, von den den Polen auf dem Schulgebiete bezugten Wohlthaten zu sprechen.

III.

Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters in Betreff der Armen- und Schullasten stützen sich im Allgemeinen auf einen fatalen logischen Irrthum.

Jene Ausführungen sollten ihrem Inhalte nach doch nur darthun, wie unparteiisch und gerecht die städtische Verwaltung die Polen behandle.

Aber dennoch kann von einer Unparteilichkeit und von einer Gerechtigkeit nur dort die Rede sein, wo die Entscheidung von der Meinung der städtischen Behörde abhängt. Wenn die städtische Verwaltung sogar die ungerechteste wäre, so würden sich die Armenlasten auch nicht um eine Mark verringern, und es würde auch nicht ein einziges Kind weniger sein, welches verpflichtet wäre, die Schule zu besuchen. Da jedoch, wo die städtischen Behörden thatsächlich etwas dekretiren können, da werden die Polen ganz offen übergangen.

So befindet sich z. B. unter den 15 besoldeten Magistratsmitgliedern einschließlich der technischen Beamten kein einziger Pole; unter den 53 Sekretären ein einziger Pole (aus Verzicht übernommen); unter den 19 mittleren und technischen Beamten ist nur ein Pole; unter den 62 Assistenten und Beamten des inneren Dienstes befinden sich nur 4 Polen.

Ebenso ist unter den 16 städtischen Schullektoren kein einziger Pole und unter den 342 städtischen Lehrern befinden sich nur 54 Polen.

Von den durch die Stadt an die Beamten und Lehrer im Gesamtbetrage von 1 539 420,37 Mk. zu zahlenden Gehältern, erhalten die Polen nur 199 100,30 Mk.

Und wie verhält sich die Sache bei den städtischen Lieferungen? Einige Beispiele werden genügen.

In dem der Stadtverordnetenversammlung vor Kurzem vorgelegten Projekt betreffend den Bau der Maschinenbauschule wurden außer den kommunalen Unternehmern, 18 Firmen aufgezählt, welche die Lieferungen für die bisherige Maschinenbauschule erhielten. Unter ihnen befindet sich auch nicht eine einzige polnische Firma.

Die Maurer-, Zimmerer-, Tischler-, Maler-, Schmiede-, Dachdecker- und Glaserarbeiten, und weiter die Materiallieferungen an Eisen, Zement, die Lieferung der zur Unterhaltung der städtischen Bauten erforderlichen Baumaterialien für das Rechnungsjahr 1902 sind an 12 Firmen übertragen worden, unter denen sich nicht eine einzige polnische befindet.

Das sind die Subsidien und Temporalien, welcher nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters die Polen theilhaftig werden!

Wieviel wird aus den städtischen Fonds für rein polnische und wieviel für rein deutsche Zwecke verausgabt?

Für rein polnische Zwecke giebt die Stadt jährlich 200 Mark Unterstützung an das Mielzynski-Museum, für rein deutsche Zwecke unter anderem jedoch 32 000 Mark jährlich an das deutsche Theater, und viele Tausende als Zuschüsse für verschiedene deutsche Versammlungen, Gesangsfeste u. s. w., welche in Posen abgehalten werden. Den polnischen Versammlungen derselben Art werden Subventionen beständig abgeschlagen.

IV.

„Die Polen haben niemals auch nur einen Groschen für gemeinnützige Zwecke gegeben“ behauptet Herr Oberbürgermeister Witting.

Er vergißt hierbei, daß auf Seite 229 des Verwaltungsberichts der Stadt Posen für das Jahr 1901 nicht weniger als 153 472,04 Mark an polnischen Legaten verzeichnet stehen, welche der Stadt zum Eigentum überwiesen worden sind. Er vergißt weiter, daß solche ansehnliche Institute, wie die Raczyński-Bibliothek und das Garczynski-Stift, alle anderen Legate bedeutend übertreffen.

Aber der Herr Oberbürgermeister ist erst 11 Jahre in Posen, daher kann er über diese Positionen noch nicht gut informiert sein.

Er vergißt auch weiter, daß der Magistrat selbst Jahr für Jahr unter den Stadtverordneten und den Bürgern, die städtische Ehrenämter bekleiden, eine Sammlung veranstaltet, an welcher sich auch polnische Mitglieder mit ihrem Groschen beteiligen. Jener „Groschen“ gehört also in das Reich der Fabeln.

Der Thatsache werden wir gewiß nicht widersprechen, daß in den letzten 10 Jahren die Schenkungen und Legate für die Gemeinde unter dem polnischen Volke sehr unpopulär geworden sind. Mit Rücksicht auf die im Abschnitt III beschriebenen Verhältnisse müßte das eigentlich selbstverständlich sein. Ebenso natürlich ist es, daß sich jeder bei der Errichtung von Legaten und bei Schenkungen zum Vertrauensmann eine Person aussucht, zu der er in politischer Beziehung Vertrauen hat. Und der Herr Oberbürgermeister wird ein solches Vertrauen von Seiten der polnischen Bürgerschaft doch wohl nicht erwartet haben.

Dagegen haben die Wohlthätigkeitskomitees, von denen nationale Gleichberechtigung beobachtet wurde, niemals Grund gehabt, sich über den Mangel an Opferwilligkeit von polnischer Seite aus zu beklagen. Wir erinnern nur an das Komitee, welches sich mit dem Austheilen des Frühstücks an arme Schulkinder befaßt.

Wenn schließlich der Herr Oberbürgermeister auf Grund der Verminderung der polnischen Legate für die Stadt, von den den Polen zu Gute kommenden Subsidien und Temporalien spricht, so möge

er sich lieber gefälligst die Verhältnisse in dem Garczynski-Stift ansehen, dessen innere Verwaltung sich mit der Zeit vollständig in eine deutsche umgewandelt hat, trotzdem diese Anstalt von einem Polen ins Leben gerufen worden ist. Im Monat Juni 1902 befanden sich unter den 70 Insassen dieses Stifts 46 Deutsche und nur 24 Polen resp. Polinnen.

Zum Schluß noch eins. Der Herr Oberbürgermeister hielt es für angemessen, der polnischen Bevölkerung vorzuhalten, wieviel sie von Seiten der deutschen privaten Opferwilligkeit erhalte. Wir haben bisher angenommen, daß Armuth, Krankheit und Unglück die Grenze bilden, welche auch die tiefsten politischen Gegensätze achten. Wir haben auch die Wahrnehmung gemacht, daß der überwiegende Theil sowohl der polnischen als auch der deutschen Bevölkerung, unsere Ansichten theilt. Wenn diese Ansichten sich jedoch ändern sollten, und wenn sogar auf dem Felde der Wohlthätigkeit eine Trennung nach Parteien eintreten sollte, so würden wir solchen Thatsbestand sehr bedauern, jedoch würde er uns sympathischer sein, als die verletzende Philantropie, welche der Herr Oberbürgermeister in die Praxis einführen will. Wir können ihm nur erklären, daß die polnische Bevölkerung auf seine und seiner geistigen Freunde Subsidien, Benefizien und Beihilfen verzichtet, dafür verlangt sie wirkliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung.

Bajon. Brzeski. Chlapowski. Kozuszkiewicz. Offierski. Palacz. Specht. von Trompezyński. von Urbanowski. Wendland. Wienkowski.

Aus Nr. 176 des Dziennik Poznański

vom 1. August 1902:

Aufklärung!

Von dem stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher Herrn Herzberg erhalten wir nachstehendes Schreiben:

In Nr. 164 des Dziennik Poznański befindet sich ein Artikel betitelt „Die Erklärung der polnischen Stadtverordneten der Stadt Posen“, welcher eine Besprechung der Vorgänge in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Juli d. Js. sowie den Wortlaut eines vom Stadtverordneten Dr. Kozuszkiewicz stammenden Briefes enthält, welcher an den stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher gerichtet ist, der an diesem Tage in den Beratungen der Stadtverordnetenversammlung den Vorsitz führte.

Um die in jenem Artikel enthaltene Behauptung zu berichtigen,

daß in der einschlägigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die polnischen Stadtverordneten durch plötzliche Vertagung der Sache überrascht worden seien, was zur Folge hatte, daß sie in der Ueberzeugung, die Sache werde erst nach den Ferien zur Verhandlung kommen, allmählich sich an ihre Berufsgeschäfte begaben, ohne vorauszusehen, daß nach ihrem Fortgehen schnell eine geheime Sitzung werde veranstaltet werden,

ersuche ich die geehrte Redaktion auf Grund des Paragraph 11 des Gesetzes vom 7. Mai 1874 um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

Als die Angelegenheit betreffend die Bewilligung der Kosten für den Empfang Ihrer Majestäten, des Kaisers und der Kaiserin auf die Tagesordnung gelangte, beantragte der Stadt-

verordnete Herr Jaekel als Referent, daß die Berathung über diesen Gegenstand in einer geheimen Sitzung durchgeführt und daß sie infolgedessen bis zum Schluß der öffentlichen Sitzung vertagt werde.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung wurde im Sinne des Paragraph 10 des Reglements der Ausschluß der Öffentlichkeit beschlossen und das Projekt in geheimer Sitzung erledigt.

Das konnte mit um so mehr Recht geschehen, als das einschlägige Projekt zu denjenigen Punkten der Tagesordnung gehörte, die nach der Vorschrift des Paragraph 42 der Städteordnung auch ohne die zur Beschlußfassung sonst erforderliche Zahl der Stadtverordneten erledigt werden konnte. Wenn also die polnischen Stadtverordneten vor der Zeit den Sitzungssaal verließen, so ist es ausschließlich ihre Schuld, daß sie die beabsichtigte Protesterklärung nicht abgaben. Von irgend welchem „offenkundigem Hintergehen“, wie es in dem einschlägigen Artikel des Dziennik Poznański heißt, kann daher nicht die Rede sein.

Herzberg,

stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher.

Recht gern nehmen wir obige „Aufklärung“ des Herrn Herzberg auf; denn zunächst stellt sie fest, daß ihm als dem Vorsitzenden der einschlägigen Sitzung nichts zur Last zu legen ist. Von der Unparteilichkeit des Herrn Herzberg sind wir so fest überzeugt, daß wir ihm absolut keine böse Absicht bei der merkwürdigen Erledigung jener Sache zugeschrieben haben, und darum hätten wir sein Schreiben gern aufgenommen, selbst wenn er sich nicht auf den Paragraph 11 des Preßgesetzes berufen hätte.

Dagegen erscheint uns eigenartig das Verfahren des Herrn Stadtverordneten Jaekel, jenes freisinnigen Mannes, der stets für die Offenheit eingetreten ist und der mit einem Male in dieser Angelegenheit selbst die Ausschließung der Öffentlichkeit beantragt hat, obgleich er wohl hat annehmen können, daß die polnischen Stadtverordneten eine Erklärung abgeben würden. Seinen Antrag auf Vertagung der Berathung über die Angelegenheit der Kosten des Kaiserempfangs brachte er kurz nach Eröffnung der Sitzung ein, als im Sitzungssaale kaum 3 polnische Stadtverordnete anwesend waren, und noch dazu solche, welche in der Stadtverordnetenversammlung gewöhnlich nur eine stumme Rolle spielen.

Die schnelle Erledigung des Magistratsantrags in einer geheimen Sitzung in absentia der polnischen Stadtverordneten, die im Verlauf der öffentlichen Sitzung auseinandergegangen waren, zeugte auch nicht von einer allzugroßen Loyalität der deutschen Mehrheit auf dem Rathhause.

Dessen ungeachtet müssen wir Herrn Herzberg darin Recht geben, daß die Schuld auf die polnischen Stadtverordneten fällt, wenn sie ihre Erklärung nicht abzugeben vermochten. . . .

Aus Nr. 177 des Dziennik Poznański

vom 2. August 1902:

Eine weitere Aufklärung.

Unter Bezugnahme auf unseren gestrigen Artikel erhalten wir vom Herrn Stadtverordneten Jaekel nachstehendes Schreiben:

Posen, 1. August 1902.

Sehr geehrte Redaktion!

Hiermit bitte ich ergebenst, in die heutige Nummer des Dziennik Poznański nachstehende Erklärung aufnehmen zu wollen:

Gegen den mir gemachten Vorwurf, daß ich gegenüber den polnischen Stadtverordneten illoyal verfahren wäre, indem ich den Antrag auf Abhaltung einer geheimen Sitzung stellte in Sachen des Projekts betreffend die Kosten für den Kaiserempfang, protestire ich hiermit energisch, weil dieser Vorwurf gänzlich ungerechtfertigt ist. Indem ich den Antrag stellte, hatte ich keineswegs Veranlassung daran zu denken, daß dies die Polen der Möglichkeit berauben könnte, gegen dies Projekt Protest einzulegen.

Ich stellte meinen Antrag deshalb, weil der Magistrat sein Projekt ausdrücklich als vertraulich bezeichnet hatte und weil solche Projekte in geheimer Sitzung besprochen werden. Den vertraulichen Charakter des Projekts betonte ich bereits bei den Kommissionsberathungen, bei denen die polnischen Herren Stadtverordneten ebenso zugegen gewesen sind, wie in der Stadtverordnetenversammlung, als der Antrag auf geheime Berathung gestellt wurde.

Die polnischen Herren Stadtverordneten hatten mithin, wenn sie schon damals wußten, daß sie gegen das Projekt Protest einlegen sollten, hinreichend Gelegenheit, ihre Absicht in Ausföhrung zu bringen, da in öffentlicher Sitzung der Antrag auf Erledigung der Sache in geheimer Sitzung gestellt worden ist.

Mit Hochachtung

R. Jaekel,

Stadtverordneter.

Indem wir Herrn Jaekel für diese seine informirende Aufklärung danken, müssen wir gegen den Verdacht Verwahrung einlegen, als hätten wir ihm in dieser Angelegenheit Illoyalität gegenüber den polnischen Stadtverordneten zum Vorwurf gemacht. Wir haben lediglich unserer Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß ein Mann von der Bedeutung des Herrn Jaekel in dieser Angelegenheit die Abhaltung einer geheimen Sitzung hat beantragen können. Dank dieser unserer Bemerkung sind wir jetzt zu der gehörigen Aufklärung der Sache gelangt, nämlich, daß dem Magistrat und vor Allem „unserm“ Bürgermeister an der geheimen Erledigung der Sache gelegen war. Umso mehr ist zu bedauern, daß die Trägheit der Einen und die Indolenz der Andern, sowie der Mangel einer gehörigen fraktionellen Organisation aller unserer Stadtverordneten, dem Magistrat die Aufgabe erleichtert haben, sich vor Berlin hervorzuthun, da sie nach den Worten des Herrn Jaekel hinreichend Gelegenheit gehabt haben, ihren Protest in gehöriger Form vorzubringen.

Aus Nr. 178 des Dziennik Poznański

vom 3. August 1902:

An die Adresse des Vereins zur Bekämpfung der Lungentuberkulose

richtet sich das nachstehende, uns zugegangene Schreiben, das wir im Interesse der Sache und zwecks Aufklärung der Braktiken des Vereins hiermit aufnehmen.

Vor etwa zwei bis vier Jahren wurde hier in unserer Stadt ein Verein gegründet, welcher es sich zur Aufgabe gesetzt hat, eine sehr gefährliche Krankheit zu bekämpfen, an welcher alljährlich Hunderte von Menschen sterben. Diese Krankheit ist die Lungenschwindsucht.

Gleich nach Veröffentlichung des einschlägigen Aufrufs, welche die Gründung jenes Vereins ankündigten, begann zu diesem Zwecke Geld einzu-

fließen, und so viel mir bekannt ist, haben hierfür einige Duzend polnischer Bürger sehr bedeutende Summen gespendet, welche sogar in die Tausende von Mark gingen.

Jeder würde denken, daß dieser Verein seinen Zweck in gebührender Weise erfülle, doch daß dies nicht der Fall ist, dafür möge nachstehendes Beispiel dienen:

Am 20. August d. Js. stellte ein hiesiger junger Mann mit polnischem Namen, ein Bureau-beamter von Beruf, den Antrag auf Einleitung des Heilverfahrens. Der Antrag war durch ein ärztliches Zeugniß unterstützt. Was thut aber der Verein? Er ertheilt jenem jungen Mann nach zwei Monaten einen ablehnenden Bescheid mit der Begründung, daß die Statuten die Einleitung des Heilverfahrens nicht gestatteten.

Ich ging später ins Bureau zu dem Sekretär, um Information darüber einzuholen, für welche Personen der Verein überhaupt die Kur unternimmt. Man sagte mir, das geschehe lediglich für diejenigen, welche dem Invaliden- und Altersversicherungsgesetz nicht unterworfen seien. Ich äußerte jenem Beamten gegenüber, daß es solcher Leute sehr wenig gebe, da jeder, der das 16. Lebensjahr überschritten habe und welcher gegen Wochen- oder Monatslohn arbeite, einem solchen Gesetz unterworfen sei. Der Beamte klärte mich dahin auf, daß der Verein für königliche Beamte, für deren Söhne und Töchter, sowie für die Lehrer da sei — alle diese Personen unterständen nämlich jenem Gesetz nicht.

Nachdem ich dem Herrn für seinen Bescheid meinen Dank ausgesprochen, ging ich, unterwegs aber ging mir der Gedanke durch den Kopf, weshalb polnische Bürger zu diesem Zwecke Geld hergegeben hätten?

In diesem Jahre stellte ich meinen Antrag von Neuem, und ich fügte wiederum ein ärztliches Zeugniß bei. Ich erhielt einen von dem Medizinal-assessor Dr. Maniewicz unterzeichneten Bescheid, etwa des gleichen Inhalts, wie der vorjährige; am Schluß des Schreibens aber theilt mir der Verein mit, mein Antrag oder eine Abschrift des ärztlichen Zeugnisses sei der Landesversicherungsanstalt zugestellt worden. Von dieser Anstalt erhielt ich den Bescheid, mein durch den Verein zur Bekämpfung der Lungentuberkulose eingesandter Antrag könne nicht berücksichtigt werden.

Da ich keinen anderen Ausweg wußte, jedoch sobald als möglich wieder gesund werden wollte, sandte ich zu Händen des Vorsitzenden des Vereins zum Bau für Lungenheilstätten, des früheren Oberpräsidenten Freiherrn v. Wilamowitz-Möllendorf die Bitte, mir zwecks Durchführung der Kur in Görbersdorf eine Unterstützung zu gewähren. Nach zwei Wochen erhalte ich aus Posen von dem Verein zur Bekämpfung der Lungentuberkulose den Bescheid, meinem Verlangen könne aus den mir bereits angegebenen Gründen nicht Genüge geschehen.

Damit sind mir alle Wege versperrt. Es bleibt mir einzig übrig, obige Angelegenheit vor das Forum der Oeffentlichkeit zu bringen, damit die Spender den Vorstand des genannten Vereins dahin beeinflussen, daß er solche Angelegenheiten auf andere Weise erledige. Uebrigens erfordert es die Hygiene, daß solche Krankheiten, wie die Lungen-schwindsucht, im Anfangsstadium bekämpft werden. Was soll ein solcher armer Mensch anfangen, bei welchem nach der Begutachtung alter und erfahrener Aerzte Aussichten für völlige Heilung vorhanden sind, sobald die Kur schleunigst eingeleitet wird? Uebrigens sollte ein Verein, der sich ein solches Ziel und eine solche Aufgabe gesteckt hat, wie die Be-

kämpfung der Lungentuberkulose, keine Ausnahmen machen, sondern allen denen, welche von dieser Krankheit ergriffen sind und bei denen sie sich fühlbar macht, durch Einleitung des Heilverfahrens zu Hilfe kommen.

Aus Nr. 171 des Lech

vom 29. Juli 1902:

Gnesen, 26. Juli 1902.

Mit Gewalt werden die Kinder germanisirt, welche den Zwangserziehungskursus in der Schubiner Anstalt durchgemacht haben. So wird in den deutschen Zeitungen von der Flucht des minderjährigen aus Rakel stammenden Kazimierz Franciszek Goni berichtet, welcher sich zum Dienst bei dem Wirth Julius Münchberg in Kulkau (?) nicht gestellt hat; er hat sich aus dem Staube gemacht. Wir kennen sehr viele deutsch-katholische und protestantische Wirthe in den dortigen Gegenden, welche sich mit aller Gewalt um solche Verurtheilte bemühen, da sie dabei sehr gut wegkommen. Und solche polnischen Knechte sowie Dienstmägde werden in diesen deutschen Gegenden mit der Zeit vollständig germanisirt und schließlich auch unfehlbar Lutheraner.

Aus Nr. 171 des Lech

vom 29. Juli 1902:

Gnesen, den 26. Juli.

Es wird der minderjährige Franz Kratwiczak aus Wrotschen gesucht, welcher von der Zwangserziehungsanstalt in Schubin aus zum Dienst beim königl. Förster Gumpert in Grünsee (?), Kreis Bromberg bestimmt war. Auch dieser Zögling, welcher die Güte der germanischen Humanität gekostet hat, ist entflohen, wohin? ist nicht bekannt.

Aus Nr. 179 des Goniec Wielkopolski

vom 5. August 1902:

Zu den Auslassungen der Posener Neuesten Nachrichten über die angebliche Schädigung des Deutschthums durch die Raiffeisen-Genossenschaften meint der Goniec:

„So lamentiren die Posener Neuesten Nachrichten!“ Wenn die Deutschen schon selbst solche Sachen ans Licht zerren, so kann man sich vorstellen, was hinter den Kulissen vorgehen muß und wovon die Welt Gottes schwer etwas erfährt.

Die antipolnischen Geseze sind die Quelle eines gräßlichen Gährstoffs! Wie das alles noch enden, wohin die Deutschen diese Wirthschaft noch bringen, und welche verhängnißvollen Folgen sie nach sich ziehen wird, wer kann das heut voraussagen?

Für uns erwächst daraus immerhin der Trost, daß die antipolnischen Geseze einen Gährstoff hervorrufen, daß sie die gesunde soziale gesellschaftliche und wirthschaftliche Bewegung vergiften, unter den Deutschen die Energie und Selbständigkeit schwächen und einen solchen Niedergang des erhabeneren Denkens hervorrufen, daß diejenigen, welche die Polen auszurotten trachteten, selbst einen Schaden davontragen werden, welchen sie nicht wettzumachen im Stande sein werden.

Aus Nr. 349 des Kuryer Poznański
vom 1. August 1902:

Ein Priester im Gefängniß.

Am vorigen Montag wurde aus dem Bromberger Gefängniß der Geistliche Brondzynski, Kaplan in Potulice bei Rafel, entlassen. Er hatte, als im Thorner Prozeß Verurtheilter, 8 Wochen im Gefängniß zugebracht. Ehe er ins Gefängniß gegangen war, hatte er den Antrag gestellt, man möge ihm gestatten, Messe zu lesen; doch wurde dieser Antrag nicht berücksichtigt, so daß er also sogar am Sonntag der Messe nicht beiwohnen konnte, da für die hiesigen Gefangenen Messen überhaupt nicht abgehalten werden. Das ist merkwürdig, da sogar die Zuchthäusler z. B. in Crone a. Br. und Ratwitsch ihren kirchlichen Verpflichtungen in dieser Hinsicht Genüge thun können. Wer da weiß, welche Bedeutung für einen Katholiken die heilige Messe hat und wie streng es jedem zur Pflicht gemacht ist, sie an Sonn- und Festtagen zu besuchen, der muß sehr bedauern, daß häufig zu langen Gefängnißstrafen verurtheilten katholischen Gefangenen keine Gelegenheit geboten wird, so wichtige kirchliche Vorschriften zu erfüllen. Zu ihrer geistigen Veredelung trägt das wahrlich nicht bei.

Aus Nr. 177 des Goniec Wielkopolski
vom 2. August 1902:

Bromberg.

Der bisherige Direktor der elektrischen Straßenbahn in Bromberg, Hauptmann a. D. Herr Webers, scheidet aus seinem Amte. Der Hakatismus und dessen Kunstgriffe sind die Hauptgründe, weshalb dieser schätzenswerthe Mann amtsmüde wurde. Hinzu kam noch, daß er Spitzbuben als Kassirer hatte. Für die Polen kommen nun andere Zeiten, denn Herr Webers, Katholik, war sehr nachsichtig gegen sie und erklärte mir, daß seine besten Konduktoren Polen seien. Mit Bedauern nehmen wir Abschied von ihm und wünschen ihm das allerbeste Wohlergehen.

Aus Nr. 169 des Lech
vom 26. Juli 1902:

R . . . burg (Julda), 22. Juli 1902.

Im geehrten Lech las ich eine Erörterung über die mittleren Postkarrieren und theile hiernit zu dieser Frage meine Ansicht mit: Auch ich bin einer der Glücklichen, d. h. ein Postbeamter der oben erwähnten Kategorie und verfluche Tag und Stunde, da ich in den Postdienst getreten bin; überhaupt macht jeder junge Pole, der bei irgend einer Behörde eintritt, die größte Dummheit. Was für eine Annehmlichkeit ist es, hier gezwungen in der Fremde zu leben oder polnische Adressen auf Briefen zu durchstreichen und dazu noch die Kenntniß seiner Muttersprache im Posenischen zu leugnen!! Wenn ich eine zusage Besichtigung fände, dann würde ich per pedes apostolorum nach dem Posenischen zurückkehren. Das Leben ist hier eine ständige Bangekeit und ein allmähliches Erschlaffen, ohne Hoffnung auf eine bessere Lage! Voraussehend, daß sich der eine oder der andere Pole für diese Karriere entschließen möchte, und ihm ebenfalls ähnliche Annehmlichkeiten widerfahren könnten, warne ich davor, und bitte, wenn auch nur kurz hiervon zu erwähnen.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 91 der Gazeta Gdańska
vom 31. Juli 1902:

Aus dem Karthaus'schen.

Die polnischen Gymnasiasten, welche im Thorner Prozeß wegen einer Thätigkeit verurtheilt worden sind, die von der ganzen gesitteten Welt als die redlichste, Anerkennung und Lob verdienende anerkannt wird, straft man nicht mit einer einfachen, sondern mit einer fünffachen Strafe, und zwar strafen nicht nur die Schul-, sondern auch die Gerichts- und die Militärbehörden.

1. Die Schulbehörde ließ sie das Reifeexamen ablegen, und als sie es abgeschlossen hatten, versagte sie ihnen die Herausgabe des Zeugnisses wegen moralischer Unreife, da die Ermittlungen damals im Gange waren.

2. Die gleiche Behörde läßt sie nach einem halben Jahre nochmals das Examen ablegen, und wiederum verweigert sie ihnen das Zeugniß aus dem gleichen Grunde, weil der Prozeß soeben mit der Verurtheilung der Beschuldigten geendet hatte.

3. Die gleiche Behörde verweist sie nicht sofort, sondern nach einiger Zeit vom Gymnasium und schließt sie von sämtlichen Unterrichtsanstalten in Preußen aus.

4. Die Justizbehörde verurtheilt sie zu Gefängniß, und der Staatsanwalt fordert die Verurtheilung nach Verfolgung der Sache durch alle Instanzen nicht zur Strafverbüßung auf, auch weist er nicht an, wo sie sich zu diesem Zwecke zu stellen haben, sondern er erläßt ohne Zeremonien Steckbriefe hinter ihnen und läßt sie wie Entwichene verfolgen.

5. Die Militärbehörde nimmt ihnen den Bezeichnungsschein für den einjährig-freiwilligen Dienst ab und beruft sie unmittelbar nach Verbüßung der gerichtlichen Strafe zum Militär ein zur Ableistung einer zweijährigen Dienstzeit im Regiment.

So verfuhr man mit Leo Borowski aus Borowiec mit Felix Zielewski aus Jamno, mit Franz Wensierski aus Pierschau.

Da diese Herren nirgends in Deutschland Aufnahme in eine Unterrichtsanstalt finden konnten, hatten sie sich nach Galizien gewendet. Sie waren in Lemberg aufgenommen worden. Nachdem sie dort die Prüfung abgelegt hatten, kehrten sie jetzt zu den Ferien nach Hause zurück, indem sie sich dessen getröstet, daß sie sich jetzt mit der Gerichtsbehörde hinsichtlich der Gefängnißstrafe verständigen würden und daß sie nach deren Verbüßung wieder frei und ungebunden sein würden. Kaum hatten sie jedoch die Schwelle des Elternhauses überschritten, da wurden sie von Gendarmen verhaftet und in das Karthaus Gefängniß eingeliefert. Nachdem sie das Gefängniß verlassen haben werden, wartet die Militärbehörde ihrer. So geht es in Preußen zu, in dem Lande, das sich höherer Gesittung rühmt.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 83 der Nowiny Raciborskie
vom 19. Juli 1902:

Mit nachstehenden Worten schließt der D. Sigismund Janicki, Kloster-Guardian von St. Rafimir seine, aus Anlaß der Gedenkfeier der Schlacht bei Grunwald gehaltene Predigt:

Wir feiern heut den 492. Jahrestag dieser schrecklichen Niederlage der germanischen Macht bei Grunwald und zwar in zweifacher Hinsicht: Einmal um Gott unsern Dank darzubringen für die unsern Volk zu theil gewordene Gnade. Zweitens aber, um Gottes Gnade auch für die Zukunft für uns zu erflehen. Dieser Gnade werden wir nicht eher theilhaftig werden, als bis wir aus unsern Herzen die Fehler ausgemerzt haben werden, welche die Stunde der Erlösung für unser Polen hinzuhalten geeignet sind. Daher habe ich heut daran erinnert, was Gott bis heut für unser Volk gethan hat, und dies wird in uns ein größeres Vertrauen zu Gott erwecken, es wird uns sagen, in welcher Beziehung für uns das Gottvertrauen am nothwendigsten ist, damit wir aus tiefstem Herzen singen und beten können: Lobe den Herrn, denn er ist gütig und seine Gnade währet ewiglich.

Aus Nr. 169 des Górnosłazak
vom 24. Juli 1902:

Unsere Arbeiter-Bewegung.

Unaufhörlich hört man bei unsern Arbeitern Klagen über ihre Armuth und über die schlechte Behandlung von Seiten der Arbeitgeber und der Beamten. Alle beklagen sich bloß und lassen es dabei bewenden, anstatt frisch an die Arbeit zu gehen und sich selbst ihre Lage zu ändern. Unsere Arbeiter haben den Arbeiter-Hilfsverein auf Gegenseitigkeit. Dieser aber sinkt immer mehr, anstatt sich zu heben. Viele nennen ihn daher in ihrer Verzweiflung den Verein „vergeblicher Hilfe“. Wer ist aber daran schuld, daß der Verein keine Hilfe bringt? Es fehlt uns in unser Zeitung an Raum, um alle Gründe für diese schwache Entwicklung des Vereins speziell zu besprechen. Wir wollen hier nur die wichtigsten berühren, denn die Angelegenheit des Beuthener Vereins ist jetzt für uns eine brennende Frage. Einerseits geben sich die Sozialisten alle Mühe die Bestrebungen des Vereins zu untergraben und unsere Arbeiter in ihre Netze zu ziehen, andererseits geben sich unsere Herzensfreunde vom Centrum die größte Mühe die polnischen Arbeiter in Oberschlesien an ihren Wagen zu spannen. Die einen sowohl als die andern schaden der selbständigen Entwicklung der polnischen Arbeiterbewegung und wollen unsere Arbeiter zu deutschen Parteien herüberziehen, um sich von ihnen die Rastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

Die größten Feinde der Arbeiterbewegung und des „Hilfsvereins auf Gegenseitigkeit“ sind die Arbeiter selbst. Ihr kühles Benehmen, ihre Passivität, das Fehlen jeglicher Solidarität und Opferwilligkeit, das sind die Hauptursachen, weshalb es uns bisher nicht möglich war eine kräftige polnische Organisation auf christlicher Grundlage zu schaffen. Erstens sorgen unsere Arbeiter zu wenig für sich selbst und erwarten nur immer Hilfe von anderen; anstatt zu Gunsten des Vereins zu agitiren, anstatt etwas zur Besserung ihrer Lage beizutragen, verlassen sie sich auf andere, lassen sie sich an der Nase herumführen und als politisches Werkzeug gebrauchen. Der vollständige Mangel an Opferwilligkeit fällt bei unsern Arbeitern ebenfalls sehr schwer ins Gewicht. Sie nennen den Verein einen Verein „vergeblicher Hilfe“, woher soll denn aber der Verein die Mittel bekommen, um dem Arbeiter erfolgreich zu helfen? Der Wochenbeitrag des Vereins beträgt $7\frac{1}{2}$ Pfennig, oder jährlich

3,60 Mark, und hierfür soll der Verein nun alles mögliche leisten; von nichts ist nichts, fehlt, was die Sozialisten für Beiträge zahlen, die Bäcker z. B. zahlen jährlich 10,81 Mark, die Bauarbeiter 13,31 Mark, die Fabrikgehilfen 7,76 Mark, die Glasarbeiter 27,07 Mark, die Handschuhmacher 15 Mark, die Bergarbeiter 6,25 Mark u. s. w. Wenn der Verein wirklich etwas leisten soll, so müssen vor allem die Beiträge erhöht werden; aus den Berichten über die deutsche Arbeiterbewegung können sich unsere Leser überzeugen, welche Aufgaben die Berufsgenossenschaften haben; es ist bei unserm Hilfsverein keine Rede von Bestrebungen in dieser Richtung. Wir haben bei dem Verein keine Mittel für die Zeiten des Arbeitsmangels, keine Mittel für Umzüge, keine Streikmittel, mit einem Wort, dem Verein fehlt gerade das, was vor allem da sein mußte. Der Verein gewährt seinen Mitgliedern keinen Schutz beim Kampf mit den Kapitalisten. Der Verein wird niemals floriren, wenn er nicht Abtheilungen für bestimmte Fächer einrichtet, wenn er nicht Fachabtheilungen für Maschinisten ins Leben ruft, welche ihre eigenen Kassen haben müssen, denn sie können nicht dieselben Beiträge zahlen wie andere Arbeiter, da weder ihr Verdienst noch auch ihre Interessen die gleichen sind. Damit indessen diese Reformen in dem Verein durchgeführt werden können, müssen die Arbeiter erst unabhängig von ihren bisherigen Brotherrn werden, sie müssen selbst denken lernen, es muß das einzige Ziel des Vereins sein, danach zu streben, das Beste des polnischen Arbeiters auf christlicher Grundlage zu fördern. Leute, welche den Verein zu politischen oder finanziellen Zwecken auszunutzen trachten, müßten vom Verein ausgeschlossen sein.

Am nächsten Sonntag findet eine Generalversammlung des Vereins statt; überlegt daher, was wir heut besprochen haben. Seht Euch die Leute genau an, welche Ihr in den Vorstand haben wollt; die erste Bedingung ist die, daß der zukünftige Vorstand nicht von Parteiinteressen abhängig ist, daß er nicht aus Puppen besteht, welche von Politikern hinter den Kulissen geleitet werden. In den Vorstand müssen selbständige Leute gewählt werden, welche etwas Verstand im Kopfe haben, welche es als ihre Lebensaufgabe ansehen, das Loos des polnischen Arbeiters zu verbessern, sonst könnte es noch schlimmer mit uns kommen; vorwärts Brüder, an die Arbeit.

Aus Nr. 88 des Katolik
vom 26. Juli 1902:

Der Hilfsverein auf Gegenseitigkeit ober-schlesischer Arbeiter wird am Sonntag eine Generalversammlung abhalten, welche von Vertretern des Vereins besucht werden soll. Der Górnosłazak hat mit Bezug darauf aufgefordert, den gegenwärtigen Vorstand zu stürzen und andere Vorstandsmitglieder zu wählen. Er bezeichnet die jetzigen Vorstandsmitglieder als Leute, welche unfähig sind, den Verein zu leiten. Dieses Blatt berichtet über andere sozialistische und christliche Vereine in Deutschland und wirft dabei dem Vorstande des Hilfsvereins vor, daß er alle diese Einrichtungen für Arbeiter nicht habe, welche anderswo existiren, z. B. Kassen für solche Arbeiter, welche keine Arbeit finden können, Kassen zur Gewährung von Unterstützung bei Umzügen, Streikkassen; dies alles sollen Unterlassungssünden des jetzigen Vorstandes sein.

Dem Gornoslonzak scheint es, daß das Einrichten aller dieser Kassen eine Kleinigkeit ist. Wie er sagt, sind jetzt die Beiträge zu klein, es müssen höhere Beiträge erhoben werden und damit ist die Sache erledigt.

Auf dem Papier macht sich die Sache sehr gut, in der Praxis ist sie nach den von uns gemachten Erfahrungen ganz unausführbar, besonders in so schweren Zeiten, wie die gegenwärtigen. Wer von den Mitgliedern wird sich dazu verstehen wollen, vier oder fünf mal so hohe Beiträge zu zahlen als jetzt? Schon jetzt sind verschiedene Mitglieder nicht im Stande, den Beitrag von 30 Pfg. pro Monat pünktlich zu bezahlen, was soll werden, wenn sie bedeutend mehr zahlen sollen?

Unserer Ansicht nach wird alles am Geldpunkt scheitern; man kann jetzt, wo die Löhne immer mehr sinken, an eine solche Beitragserhöhung nicht denken. Auf alle Fälle kann man aber dem Vorstande keine Schuld geben, daß alle diese Einrichtungen beim Vereine nicht bestehen. Der Vorstand möchte ja den Arbeitern so viel als möglich zuwenden, aber durch Erfahrung klug gemacht, und da er die Arbeiter und ihre Lage kennt, weiß er, wie schwer es ist, die Arbeiter schon bei diesen niedrigen Beiträgen zum Beitritt zu veranlassen. Er will die Arbeiter nicht noch mehr belasten, auch keine Kassen anlegen, welche die Vereinskasse in kurzer Zeit erschöpfen und so die einzige Organisation zu Grunde richten könnten, welche unsere Arbeiter besitzen. Endlich kann der Vorstand auf eigene Hand gar keine Änderungen oder Neueinrichtungen treffen; das ist Sache der Generalversammlung, welcher allein das Recht zukommt, Beschlüsse zu fassen.

Wenn das alles so ist, weshalb empfiehlt da der Gornoslonzak den alten Vorstand zu stürzen. Dieser Vorstand ist von der vorjährigen Generalversammlung mit großer Stimmenmehrheit gewählt worden, die Mitglieder hatten also, wie es scheint, großes Vertrauen zu den Gewählten; im verflossenen Jahre waren die Vorstandsmitglieder ebenso eifrig thätig, wie früher und erfüllten ihre Pflicht, wie es sich gehört. Welcher Grund liegt also vor, ihm die Leitung des Vereins zu nehmen?

Thatsächlich hat der Vorstand den Mitgliedern nicht den geringsten Grund zur Unzufriedenheit gegeben; er hat im Gegentheil in diesem Jahre noch viel mehr für den Verein gethan, als jemals vorher. Die Veranlassung zum Vorgehen des Gornoslonzak ist aber folgende:

Der Redakteur desselben hat in Büchern gelesen, wie die Arbeiterverhältnisse in Amerika, in England, Frankreich u. s. w. liegen und nun folgert er, daß es bei uns in Schlesien ebenso sein müßte, wie es in seinen Büchern steht. Er überlegt aber nicht, daß in Oberschlesien vollkommen andere Verhältnisse vorliegen, daß wir hier ein anderes Material, ein anderes Volk haben. Auch die englischen Arbeiter waren nicht von vornherein das, was sie heute sind. Die Bestrebungen, die Lage der Arbeiter zu bessern, bestehen in Schlesien erst seit 10 Jahren und wer nur im geringsten die Verhältnisse in Schlesien kennt, muß zugestehen, daß der Arbeiter-Hilfsverein auf Gegenseitigkeit einen ungemeinen Aufschwung herbeigeführt hat; nicht an einem Tage ist Krakau erbaut, nicht mit einem Male läßt sich alles ausführen, was man ausführen möchte. Ein verquackter Acker kann nicht im ersten Jahre eine reiche Ernte bringen, sondern man muß immerfort daran arbeiten, ihn zu verbessern, dann trägt er reichliche Frucht; so ist es auch mit unserem Verein. Er wird alle Tage besser, er wächst, und

wenn es so weitergeht, so können wir noch durch ihn auf große Erfolge für die Arbeiter hoffen.

Vor ca. 10 Jahren hat eine gewisse polnische Zeitung in Beuthen vor der Generalversammlung ebenfalls einen solchen Vorschlag gemacht wie jetzt der Gornoslonzak; der alte Vorstand sollte gestürzt werden; unsre älteren Mitglieder werden sich dessen noch erinnern. Diese Aufforderung hat aber einen solchen Unfrieden innerhalb des Vereins hervorgerufen, daß der Verein 1½ Jahre lang keine Ruhe fand und die Arbeiterfrage anstatt Fortschritte zu machen, zurückging.

Heute ist die Lage eine ähnliche, der Gornoslonzak will der Keil sein, mit Hilfe dessen der Verein gesprengt werden soll. Solange als der Gornoslonzak nicht existierte, herrschte tiefer Friede; mit dem Augenblick aber, wo ein Mitglied des Vereins, Herr Biefac, Theilhaber am Gornoslonzak wurde, gingen die Zerwürfnisse zwischen ihm und den andern Vorstandsmitgliedern an und jetzt fordert das Organ des Herrn Biefac auf, seine Kollegen von dem Vorsteheramte zu entfernen. Wir bitten die verehrten Vertreter unseres Vereins am kommenden Sonntage als Beschützer des alten Vorstandes aufzutreten, und ihn von neuem zu wählen. Man muß bei Zeiten zu verhindern suchen, daß Unfriede entsteht, damit die Arbeiterfrage nicht darunter leidet.

Aus Nr. 173 des Dziennik Slaski
vom 30. Juli 1902:

Aus Schlesien.

Die Generalversammlung des „Oberschlesischen Arbeiter-Hilfsvereins auf Gegenseitigkeit“ fand am Sonntag statt. Von 142 Vertretern waren 101 erschienen und so war die Versammlung im Sinne der Statuten beschlußfähig. Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Kalus, eröffnete die Versammlung und übernahm den Vorsitz, da die Statuten dem Vorsitzenden dieses Recht ausdrücklich einräumen. Als Schöffen berief er die Herrn Rozka und Vigenze. Aus dem Bericht des Vorstandes, welchen das Organ des Verbandes, die Praca ausführlich mittheilt, entnehmen wir, daß die Zahl der Mitglieder, welche bis zum Schlusse des Rechnungsjahres Beitrag gezahlt haben, 14 000 betrug. Im Laufe d. J. wurden 77 Versammlungen anberaumt, von welchen indessen 11 nicht stattfinden konnten wegen Hindernissen, die ohne Schuld des Vorstandes eingetreten waren. Die 3 Bureaus des Vorstandes erledigten 12 423 Vorlagen oder nahezu 3000 Angelegenheiten mehr als im Vorjahre. Von bedeutenderen Sachen beschäftigte sich der Verband mit der Angelegenheit der Invalidenkasse der Redenhütte, weil diese Angelegenheit für alle Mitglieder der Hüttenkasse von hoher Bedeutung ist.

Aus dem Bericht des Hauptkassiers ist zu entnehmen, daß das Vermögen des Verbandes sich um 5428,98 Mark vergrößert hat und daher jetzt 90 417,57 Mark beträgt, wovon 33 468,78 Mark zur Verbandskasse und 56 948,79 Mark zur Begräbniskasse gehören. Der größte Theil der Einkünfte im verflossenen Jahre ist zur Begräbniskasse geschlagen worden, in welche nach den Statuten die Hälfte der ganzen Jahreseinnahme fließen soll; für Verwaltungszwecke dürfen höchstens 10 Prozent abgezweigt werden. Die Begräbniskasse wächst daher jetzt schnell. Es waren im verflossenen Jahre 225 Todesfälle zu verzeichnen und zwar starben 127 Männer und 95 Frauen von Mitgliedern; im ganzen haben die Begräbnisgelder 7270 Mark betragen.

Auf Antrag der Revisoren, welche die Kasse im Laufe des Jahres einigemale revidirten und alles in Ordnung fanden, ertheilte die Generalversammlung dem Vorstand und dem Kassirer Decharge.

Bei der hierbei stattfindenden Wahl wurden durch Stimmeneinheit gewählt die Herren Joseph Kalusa aus Chorzow, Johann Dombrowski aus Rozbark, Theophil Krolk aus Gora, Anton Manke aus Kochlowice, Adalbert Wiczorek aus Rybnik, Karl Piecha aus Zaborz, Sobieraj aus Zabrze. Es ist ein Zeichen für die Einmüthigkeit der Versammlung, daß die sechs Ersten gleich einstimmig gewählt worden sind und nur bei Herrn Sobieraj eine engere Wahl nöthig wurde.

In den Ausschuß des Verbandes wurden durch Zuzuf gewählt die Herren: Tokarz, Eigenze, Ogiermann, Dofupie, Alexander Biallas, Ullmann und Kopezynski, zu Kassenrevisoren wurden die vorjährigen Revisoren wiedergewählt, nämlich die Herren Gieska, Rzepka und Jura.

Die hierauf vorgelegten Aenderungen an den Statuten, welche jeder Vertreter zugleich mit der Einladung zur Generalversammlung erhalten hatte, wurden angenommen mit Ausschluß des Passus d im Paragraph 4. Auf Antrag des Herrn Matura wurde beschlossen, den Passus, daß diejenigen Mitglieder, welche während ihrer Dienstzeit im Heere sterben, vom Verbands nichts erhalten sollen, zu streichen; von jetzt ab wird die Kasse auch in solchen Fällen zahlen.

Da vorausgesetzt werden mußte, daß aus Anlaß der Angriffe des Gornoslonszak auf den alten Vorstand, sowie durch seine offenen und geheimen Agitationen gegen die Wiederwahl desselben während der Generalversammlung Unruhen entstehen könnten, so waren die Redakteure des Katolik, die Herren Napieralski und Dombek erschienen, um, wenn es nöthig werden sollte, als Vertheidiger des Vorstandes einzuspringen.

Doch war ihre Anwesenheit kaum nöthig, denn die Mehrzahl der Vertreter zeigte so viel Ueberlegung und Gerechtigkeitsgefühl, daß sie standhaft auf Seite des alten Vorstandes blieben; sie zeigten, daß sie ihm Vertrauen schenken und dadurch den Verband vor Schaden bewahren wollen.

Es ist dies ein erfreuliches Zeichen für die schon recht weit vorgeschrittene bürgerliche Reife unserer Arbeiter und indem wir ihnen für die bewiesene Standhaftigkeit danken, wünschen wir ihnen aufrichtig, weitere Fortschritte in bürgerlicher und politischer Beziehung.

Aus Nr. 92 des Katolik
vom 5. August 1902:

Ueber das deutsche Sängersfest in Graz

referirt der Katolik und er knüpft an seinen Bericht, daß das nächste Sängersfest in Breslau abgehalten werden soll, welches von dem Breslauer Vertreter in Graz eine deutsche Stadt genannt worden ist, folgende Bemerkung:

Breslau ist keine durch und durch deutsche Stadt. Es wohnen dort etwa 30 000 Polen, die sich immer mehr zusammenschließen. Bis zum Jahre 1906 werden ihrer, so Gott will, mehr sein. Dessenungeachtet kann das doch die deutschen Sänger nicht in ihren Festlichkeiten stören, obgleich jedes polnische Herz Schmerz darüber empfindet, daß heut Breslau, eine Stadt von fast einer halben Million Köpfen in den Händen der Deutschen ist, dies Breslau, welches die Hauptstadt von Polnisch-Schlesien sein könnte. Suchen wir die von unsern Vätern und Vorfahren, besonders von der Fürstenfamilie der schlesischen

Piaste begangenen Fehler wieder gut zu machen! Für ihre Sünden haben wir schwer zu büßen, indem wir unter fremdem Joche seufzen.

Schlesien ist polnisches Land — Altpolen. Möge es dies in der That sein! Das wird dann eintreffen, wenn alle seine polnischen Bewohner beseelt sein werden von heißem nationalpolnischem Geist.

Aus Nr. 53 der Gazeta Polska
vom 2. August 1902:

Die Hellscherin aus Sosnica.

Im Jahre 1896 sammelten sich Menschenmassen auf dem Felde des Bartholomäus Slabon in Sosnica, um zu beten. Die Tochter des Wirths, die 22 jährige Agnes Slabon, verfiel alltäglich gegen Abend in einen magnetischen Schlaf, während dessen sie mit inspirirten Worten von der von ihr erblickten Mutter Gottes redete. Die durch die Erzählung hingerissenen Volksmassen nahmen an den Traumgeschichten der Slabon mit frommen Gefängen und mit Beten theil, oder vielmehr an der Ehrfurchtsbezeugung gegenüber der Himmelskönigin.

Die lutherischen Polizeibehörden konnten nicht begreifen, wie ein gleich unserer hiesigen Bevölkerung überhaupt tief religiöses Mädchen im magnetischen Schlaf die allerheiligste Jungfrau erblicken könne, — sie konnten nicht begreifen, daß ein polnisches Mädchen, statt von Liebhabern, von der Königin der Krone Polens träumen könne.

Auch der Parochialpropst in Zabrze, einer unserer aufgeklärteren Geistlichen vermochte als Nichtpole offenbar den tief religiösen Keim nicht zu verstehen, der nur dem polnischen Volke eigen ist, er vermochte offenbar die Ähnlichkeit nicht zu fühlen, die zwischen der Sosnica'er Erscheinung und denjenigen von Dietrichswalde, Piesar, St. Annen u. s. w. besteht. Es gebrach ihm an Muth, gegenüber den lutherischen und jüdischen Spötterreden für katholische Glaubensbekundungen einzutreten. Das polnische Volk wurde des lieben Friedens wegen Jenen zum Opfer gebracht.

Die nach Tausenden zählenden, knieenden, in Gebet versunkenen Volksmassen begann man niederzureiten, sie zu raufen, zu schlagen, zu arretiren, gefangen zu setzen, wofür?

Etwas für das gemeinsame Beten? Etwas für das öffentliche Beten? Der Landrath erließ eine besondere Verfügung, wonach jene Dorfhälfte, in welcher Slabon wohnt, zur Vermeidung von Bestrafung von Unberechtigten nicht betreten werden durfte.

Ganze Jahre lang kühlte man sein Muthchen an dem Volke, setzte man ganze Schaaren wegen gemeinsamen Betens, angeblich wegen Uebertretung des vom Landrath erlassenen Verbots, gefangen.

In den Jahren von 1896—1900 haben die preussischen Gerichte, soweit dies oberflächlich festgestellt werden konnte, wegen des erwähnten, bei verschiedenen Gelegenheiten verübten Vergehens 110 Personen zu 8 Monaten und 14 Tagen Gefängniß, sowie zu 1626 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Erst im Jahre 1900 nahm sich der gegenwärtige Herausgeber der Gazeta Polska der unserm Volke in Sosnica widerfahrenden Unbill an, und es gelang ihm, jene Verfügung des Landraths als ungesehlich umzustößen und einige, des Zusammenkommens bei Slabon wegen angeklagte Personen zum ersten Male nach 4 Jahren frei zu bekommen. Das gemeinsame Beten hat nämlich während dieser ganzen Zeit trotz Strafen und Verfolgungen niemals aufgehört. Auch heut findet es untrüglich statt, denn heut kann es die Polizei nicht hindern.

Agnes Slabon verfällt jetzt wie früher alltäglic gegen Abend in einen magnetischen Schlaf. In diesem Schlaf redet sie viel, schnell, laut, verworren, zu verschiedenen Zwecken anregend. Oft schreibt sie in diesem Zustande auf einem ihr untergeschobenen Papier.

Weit davon entfernt, in der Slabon etwas Ueberirdisches zu erblicken, sehen wir ihren Zustand als eine der zahlreichen Erscheinungen der Autohypnose auf dem Boden religiöser Affektation an. Künstliche Vorspiegelung oder Fälschung ist hier direkt ausgeschlossen.

Das möge hinreichen, um ein übrigens intelligentes und sympathisches Mädchen vor böswilliger Verdächtigung zu schützen. Wir haben sie, als sie in magnetischen Schlaf versunken war, gehört, wie sie das polnische Gebet empfahl mit der Begründung, daß das polnische Gebet für uns wichtiger sei, denn Gott erhöhe das Gebet in der Muttersprache am schnellsten. So gerade und logisch denken kann nur eine durch und durch rechtliche Person.

Im Hause des Slabon haben wir keine polnische Zeitung bemerkt. Darum zeugt auch die Anregung zum Beten in der Muttersprache von keiner eingelernten Förderung des Polenthums, als vielmehr von einem intuitiven Errathen der Erhabenheit des Gebets in der Muttersprache über jedes Gebet in einer eingelernten, durch Hochmuth und Gewalt aufgedrängten Sprache.

Aus Nr. 53 der Gazeta Polska

vom 2. August 1902:

Belauſchter Gaſatismus.

Wer mit der Straßenbahn von Beuthen über Szombierok (?), Bobrek, Ruznica (?), Vorſigwerk, Biſkupitz nach Zabrze fährt, ſieht am Eingang in Zabrze gegenüber dem Konfordia-Bergwerk die ziemlich große Aufſchrift „Gazeta Polska“.

Diese Aufſchrift macht bei unſerm Gaſatismus ungeheuer böſes Blut. Die Vertheidiger des „verſolgt“en Deutſchthums haben ſich hier ſo breit gemacht, daß ihnen ſchon eine polniſche Inſchrift als eine unerhörte Reſchtheit vorkommt.

Einige Herren, ein gewiſſer Direktor und der zweite, irgend ein Vertreter des Landraths, ſchimpften bei einer Fahrt mit der Straßenbahn ungeheuer über dieſe polniſche Frechheit, die es wagt, in Zabrze nicht nur die Gazeta Polska herauszugeben, ſondern noch dazu ihre Firma öffentlich auf der Straße auszuhängen. Wenn dies noch irgendwo im Winkel geſchähe, aber nein, gerade wie zum Troß ſo offen und ſichtbar, daß auch ein Blinder es ſehen muß.

Einer jener „Vertheidiger des bedrückten Deutſchthums“ iſt ganz entſchieden der Anſicht, daß wir, wenn es ſo weiter geht, in Oberſchleſien ein Polen haben werden.

Und der zweite deutſche Mann erklärte mit offenbarem Unwillen, man müſſe bedauern, daß es kein Geſetz gebe, welches es verböte, polniſche Aufſchriften öffentlich auszuſtellen, und daß die Deutſchen in dieſer Hinſicht wehrlos ſeien.

Schließlich einigten ſich Alle dahin, daß an alledem „der ſchlaue Soltys“ ſchuld ſei.

Bravo, Ihr Herren Vertheidiger des bedrückten Deutſchthums! Auch wir ſind deſſen gewiß, daß wir, ſo Gott will, wenn es ſo weiter geht, Polen haben werden. Und wir bedauern nicht, daß angeſichts der berechtigten und gerechtfertigten Rechte des polniſchen Volkes das Deutſchthum leider wehrlos iſt.

Die letztangeführte Aeußerung von dem „ſchlaunen Soltys“ iſt dagegen nicht in jeder Hinſicht richtig. An „Allen“ iſt er nicht ſchuld. Wie jeder polniſche Schulze (Soltys-Schulze) möchte auch er ſeiner Gemeinde aufs Beſte helfen. Aber an Allen kann er nicht ſchuld ſein. Er iſt ſogar daran nicht ſchuld, daß man Euch, gütige Vertheidiger des bedrückten Deutſchthums, belauſcht hat und daß Euer Harn Euch zur Zugabe noch lächerlich machen kann. Daß Ihr unerſättlich ſeid, daß Ihr das Polenthum ausrotten wollt, daß Euch die polniſchen Aufſchriften ein Dorn im Auge ſind, daß das Deutſchthum wehrlos iſt, und das Polenthum ſich mehrt, daran kann doch Herr Soltys nicht ſchuld ſein!

Erbarmt Euch, Leute!

Aus Nr. 167 des Górnosłazak

vom 22. Juli 1902:

L h h h.

Am Sonntag, den 13. Juli, fand in Tychy ein Sommervergügen des Kreis-Kriegervereins ſtatt, zu welchem ca. 900 Perſonen erſchienen waren, was wohl nicht Wunder nehmen kann, denn es gab Freibier; der Fürſt aus Pleß hatte den dürſtenden und lechzenden Kriegern 20 Tonnen Bier ſpendirt; es ſoll niemand betrunken geweſen ſein!! Zum Unglück wurde vergeſſen, dem Bahnhofswirth in Tychy das viele getrunkene Bier zu bezahlen, außerdem iſt ihm eine Flaſche Vikör geſtohlen worden; es wurden natürlich wieder viele Reden gehalten auf die „niederträchtigen großpolniſchen Agitatoren“; dies ſchien indeſſen einem großen Theil der Theilnehmer nicht beſonders zu gefallen, denn faſt alle waren polniſcher Nationalität. Es iſt alſo jetzt die Zeit gekommen, wo Polen als Stützen des Vaterlandes (Zutterlandes) gegen Polen verwendet werden ſollen.

Mit Rückſicht auf das, was bei dem Feſte vorgekommen iſt und geſagt wurde, muß man das Feſt als eine politiſche Verſammlung anſehen. Es wäre intereſſant zu erfahren, ob die Polizei um eine Genehmigung zur Abhaltung der Verſammlung gebeten worden iſt, welche unter freiem Himmel ſtattfand, und ob die Polizei ihre Genehmigung ertheilt hat.

Zum Vorſitzenden wurde der Landrath gewählt.

Ein Reſerv iſt.

Aus Nr. 167 des Górnosłazak

vom 22. Juli 1902:

Die Rattowitzer Polizei hat wunderbare Begriffe von ihren Pflichten; ſie hat wahrſcheinlich auf Grund des alten allgemeinen Landrechts an eine hieſige induſtrielle Firma, bei welcher ein polniſcher Techniker in Dienſten ſteht, geſchrieben, ſie möchte denſelben ſofort entlaſſen, da er ein ſehr gefährlicher großpolniſcher Agitator ſei. Der Chef dieſer Firma hat es jedoch unterlaſſen, die politiſche Polizei mit einer Antwort zu beehren; nun ſchrieb die Polizei zum zweiten Male in derſelben Angelegenheit an dieſe Firma, wieder mit demſelben Erſolge. In ihrer Fürſorge für das gefährdete Deutſchthum in Rattowitz fragte ſie nun zum dritten Mal an, ob der gefährliche Pole ſchon entlaſſen ſei. Hierauf erhielt ſie als Antwort einige Zeilen mit der Mittheilung, daß die Firma ſehr erfreut darüber iſt, einen ſo tüchtigen Menſchen unter ihren Angeſtellten zu haben und daß ſie ihn ſo lange in ihrem Geſchäft behalten würde, wie es ihm ſelbſt gefällt. Dieſe Antwort dürfte der Rattowitzer Polizei genügen. Wehe aber dem unterdrückten Deutſchthum in Rattowitz! Der

polnische Techniker verbleibt auch fernerhin in dieser Kiste des Deutschthums, er kann in ihr viel Unheil stiften. Was sind doch das für gefährliche Leute, diese Polen; gegen solche „Frechheit“ giebt es nur das eine Mittel — die Ausrottung.

Die Rattowitzer Polizei hat uns angeklagt, wir hätten in unserem Blatt gesagt, daß sie die Gastwirththe beeinflussen und sie veranlasse, den Polen keine Säle zu ihren Versammlungen zu geben; es handelte sich damals darum, daß in dem hiesigen Restaurant „Lederbräu“ (soll wohl heißen „Löwenbräu“), eine Gesellschaft auseinandergejagt worden ist, welche sich versammelt hatte, um den Herrn Korfanti bei seiner Entlassung aus dem Gefängniß zu begrüßen. Die Polizei fühlte sich durch unsere Mittheilung beleidigt und verklagte uns beim Staatsanwalt; wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, hat der Staatsanwalt diese Klage abgewiesen. Schade!

Aus Nr. 173 des Górnosłazak

vom 29. Juli 1902:

Peiskretscham.

Der Bürgermeister Hencinski veröffentlicht in Folge einer im Katolik enthaltenen Notiz nachstehende Erklärung im hiesigen Kreisblatt:

Peiskretscham. 21. Juli 1902.

„Dem Katolik ist vom hier aus mitgetheilt worden: „Ein gewisser Verbreiter des Deutschthums hat die Absicht, in unserem Städtchen germanisirende Abendunterhaltungen einzuführen. Wir nehmen jedoch an, daß ihm das nichts nützen wird, denn die Polen werden diese Abendunterhaltungen nicht besuchen.“

Dem Korrespondenten dieser beruhigenden Mittheilung an den Katolik muß ich seines staatsfeindlichen Auftretens wegen, das allgemeine Bedauern der hiesigen Bürgerschaft ausdrücken und ich rathe ihm, sich anderswo Genossen zu suchen. Wir Peiskretschamer Bürger verwahren uns gegen den Vorwurf, daß wir Polen wären, — wenn auch der größte Theil von uns die polnische Sprache beherrscht — und erklären Mann für Mann treu zu Thron und Reich zu stehen.

Wer es auch sein möge, der die Unverschämtheit gehabt hat, die wackere Bürgerschaft Peiskretscham's im boshaften Katolik als Polen zu brandmarken, der verdient dafür, daß jeder, welcher nicht einmal den Schatten des Verdachts aufkommen lassen will, zu seinem Genossen gerechnet zu werden, seinem staatsfeindlichen Auftreten ausweiche und aus demselben Grunde auch die deutsche Bürgerschaft eine Annäherung mit ihm meide, bis er nicht die Thore der Stadt von außen zumacht.“

Hieran darf man keinerlei Bemerkungen knüpfen, denn das Oberhaupt der Stadt Peiskretscham hat gesprochen.

Aus Nr. 86 der Nowiny Raciborskie

vom 26. Juli 1902:

Peiskretscham.

Der Bürgermeister von Peiskretscham, Hencinski, beschäftigt sich neben seinem Amt auch noch mit Politik. In dem amtlichen Blatt tritt er energisch gegen den Katolik auf, welcher seiner Zeit davon abrieth, die germanisatorischen Abende zu besuchen, welche in Peiskretscham eingerichtet

werden sollten. Er sagt in diesem Blatt, daß es in P. keine Polen gebe, obgleich ein gewisser Theil der Bevölkerung polnisch spricht. Sollte sich wirklich jemand finden, der dem Katolik zugethan ist, so müßte sich jeder Einwohner der Stadt von einem solchen Menschen fern halten. Der Bürgermeister bezeichnet den Katolik als Preußenfeind; ein solches Benehmen des Bürgermeisters kann natürlich nicht allen Einwohnern von Peiskretscham gefallen, denn dieser Herr ist doch in erster Linie ein Beamter, welcher mit dem Gelde der Polen sowohl, als auch mit dem der Deutschen bezahlt wird. Es ist unwar, daß in P. keine Polen sind; wenn keine da wären, so hätte der Herr Bürgermeister in seinem Blatte gewiß davon nicht gesprochen; sind aber welche da, so ist es seine Pflicht, sie so zu behandeln, wie die Deutschen. Jeder Pole ist ebenso ein freier Bürger, wie die Preußen. Der Herr Bürgermeister hat sich einer schweren Beleidigung schuldig gemacht, wenn er alle wahren Deutschen auffordert, die Polen zu meiden; so viel uns bekannt, sind die Deutschen in P. an den Fingern abzuzählen. Wenn die Polen die Stadt P. verlassen wollten, so würde auch der Herr Bürgermeister überflüssig werden.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 95 des Wiarus Polski

vom 20. Juli 1902:

So etwas müßte nicht vorkommen.

In der Gegend von Recklinghausen ist eine traurige und höchst verdammungswürdige Sache vorgekommen. Ist es schon je dagewesen, daß die Fahne eines katholischen Vereins, welche die kirchliche Weihe erhalten hat, zur Beerdigung eines Protestanten mitgenommen wurde? Darauf wird wohl jeder sagen, daß das unmöglich ist; dennoch aber ist Anfang Juni d. J. hier ein solcher Fall vorgekommen. Vier polnisch-katholische Vereine haben an der Beerdigung eines Protestanten, des Herrn Landraths aus Recklinghausen, theilgenommen. Ist dies nicht empörend, umso mehr da der Verstorbene ein großer Gegner der polnischen Vereine gewesen ist. Er bereitete z. B. dem polnischen Verein zu Recklinghausen die größten Schwierigkeiten; er verbot das öffentliche Auftreten desselben mit der Fahne und nahm den Verein mehrfach ohne Grund in Strafe. In Bezug auf das Mitnehmen der Fahne bei obiger Gelegenheit tragen auch die Vorstände der betreffenden Vereine viel Schuld; sie haben ganz unberechtigt gehandelt, denn sie waren von den Mitgliedern der Vereine sicherlich nicht dazu ermächtigt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Vereinen rathen, zu beschließen, daß sie von jetzt ab nur an kirchlichen Feierlichkeiten theilnehmen; ferner an Beerdigungen von Mitgliedern, an den Feierlichkeiten der Schwesternvereine, niemals aber an deutschen Festen oder Jubiläen oder gar an Beerdigungen von Protestanten.

Es könnte schließlich dahin kommen, daß die Deutschen dem Bismarck ein Denkmal setzen wollten, die Polen dazu einladen und diese bereit wären auch noch bei einer solchen Enthüllung zu erscheinen; wäre es nicht unglaublich, wenn die katholischen Fahnen an einer Feierlichkeit für Bismarck, dem ärgsten Feinde des Katholizismus theilnähmen;

ebenso muß man auch diejenigen unsrer Landsleute streng tadeln, welche sich mit unseren kirchlich ge-weihten Fahnen unter die protestantischen Fahnen drängen. Wozu eine Verbrüderung mit denen, welche uns am liebsten in einem Löffel voll Wasser ersäufen möchten. Wir haben hier einen Ver-theidiger unsrer nationalen Rechte, den Wiarius Polski; thun wir also, wie er uns rath, denn es ist bekannt, daß unser Wiarius Polski uns immer von allen Verbrüderungen mit Fremden abräth.

Heut, wo man uns auf Schritt und Tritt ver-folgt, finden sich dennoch solche, welche sich unter sie drängen und sogar an protestantischen Ver-erdigungen theilnehmen wollen. Will Gott uns denn durchaus so schwer strafen; ich muß jedoch mit Befriedigung bemerken, daß dieses Vorgehen den Mitgliedern jener Vereine nicht genehm gewesen ist. Es erschienen nur wenige von ihnen, höchstens acht und bei einer Fahne waren sogar nur zwei Personen; allen Landsleuten, welche zu Haus geblieben sind, sprechen wir hiermit unsre Anerkennung aus.

Meist haben die Vorsitzenden der Vereine dann die Ausrede: „Wir waren eingeladen und mußten daher doch hingehen.“ Der Vorsitzende muß aber selbst beurtheilen können, wohin er gehen kann und wohin nicht; mancher von ihnen ginge aber, glaube ich, auch ruhig in ein protestantisches Bethaus oder in die Synagoge, wenn er eingeladen wäre.

Ich bitte die geehrte Redaktion, diese Bemerkungen in ihre Spalten aufzunehmen, sie dürften vielleicht unseren Landsleuten als Lehre und Warnung für die Zukunft dienen.

Aus Nr. 170 des Dziennik Kujawski

vom 27. Juli 1902:

Einen neuen polnischen Uebermuth

hat das hafatistische Lager wahrgenommen. In der Stadt Bochum in Westfalen war Herr Lorenz, ein Katholik, als Druckereigehilfe in der Druckerei des Wiarius Polski beschäftigt. Dieser junge Mensch verliebte sich in eine Deutsche, Protestantin. Der Redakteur dieser katholisch-polnischen Zeitung, Herr Brejski, welcher sich eng an das dieser Zeitschrift seit ihrer Begründung gestellte Programm hält, konnte sich in keinem Falle diesen Liebesempfindungen seines Untergebenen gegenüber gleichgültig verhalten. Als er erfahren hatte, daß Herr L. seiner Liebe durch eine eheliche Verbindung in der evangelischen Kirche die Weihe geben wollte, machte er ihn auf die Möglichkeit der bösen Folgen einer Mischehe aufmerksam und trat ihm gegenüber entschieden auf. Herr L., welcher augenscheinlich selbst erkannte, daß seine Stellung in der Verlagsanstalt einer katholischen Zeitung unhaltbar sein würde, gab diese auf. Diesen Vorfall, welcher sich unter den in der Fremde arbeitenden polnischen Katholiken von Zeit zu Zeit abspielt, haben die Organe der hafatistischen Presse ausgenützt, indem sie auf die Räder der schnell arbeitenden Mühle Wasser trieben und Herrn L. als ein Opfer der polnischen Intrigue hinstellten.

Habeat sibi — möge sich der Hafatismus über das, woran er mit solchem Feuereifer arbeitet, freuen, möge er alles das emsig hervorheben, was ihm zur Infrage wider die Polen und zur Unter-schiebung des Gedankens, welcher niemals in den Köpfen der Polen entstanden ist, dienen kann. Uns bleibt nichts übrig, als auf das Ende dieser Wirth-schaft zu sehen, die ihrem eigenen Untergange ent-gegen arbeitet.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 177 des Czas

vom 3. August 1902:

Die Gräfllich M. Kwilecki'schen Herrschaften

machen von der Vermählung ihrer Tochter Julia mit dem Baron Ludwig du Puget-Puget Anzeige. Aus Anlaß der Postkarten spenden sie, statt besonderer brieflicher Mittheilung, je 100 Mk. für die Vincent à Paulo Vereine in Posen, Warschau und Krakau. Die Trauung findet am 12. August in Dporowo im Posen'schen statt.

Aus Nr. 1045 des Kraj

vom 12. (25.) Juli 1902:

Von den Ufern der Warthe.

(Verkauf von Brzezna, Unterhandlungen über den Ankauf von Racot. Die Geschichte von dem deutschen Müller und dem polnischen Gastwirth.)

Herr Kierski, ein vermögender Posener Kauf-mann, hat sein Gut Brzezna der Kolonisations-kommission verkauft; er hat es allerdings nicht direkt gethan, sondern durch Vermittelung eines gewissen Rundler, welcher als Unterhändler fun-girte. Doch ist es in ganz Posen genugsam bekannt, daß Rundler kein Vermögen besitzt, daß er nicht 180 000 Mark Anzahlung leisten könnte, denn er hat niemals über ein solches Kapital verfügt.

Und in der That, kaum waren einige Tage vergangen, so verkaufte Herr Rundler das von Herrn Kierski gekaufte Gut weiter an die Kolo-nisationskommission. Diese Komödie ist so mangel-haft gespielt worden, daß sie vollkommen das Ziel verfehlte; sie zeugt jedoch davon, daß der Herr Kierski sich wohl bewußt ist, welche Verantwortlichkeit er als Pole auf sich nimmt, wenn er sein Gut an die Kolonisationskommission verkauft; sein Gewissen rührte ihn, daher wollte er sich hinter seinen „Stroh-mann“, den Herrn Rundler verstecken, aber die Komödie mißlang.

Wie ich höre, ist Herr Kierski zuerst bei der Landbank gewesen, und hat dieser angeboten, Brzezna zu kaufen; aber das Gut eignet sich nicht zur Par-zellirung, weshalb die Landbank vom Ankauf Ab-stand nehmen mußte. Der Verkauf von Brzezna ist ein Beweis dafür, daß unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nur solche polnische Leute mit dem Plane umgehen sollten, sich ein Gut zu kaufen, welche die nöthigen Mittel besitzen und sich für Landwirthschaft interessieren, mit anderen Worten, es ist zu erstreben, daß größere Güter nur in sichere, thatkräftige Hände kommen. Das Handeln mit Gütern als Geschäft muß ausge-schlossen sein, denn es hat meist sehr traurige Folgen, wie eben die Thatfache beweist, daß Brzezna in die Hände der Kolonisation gekommen ist.

Während Obiges Faktum ist, hat sich leider die Hoffnung, daß der große Sachsen-Weimar'sche Güterkomplex Racot in polnische Hände kommen könnte, nicht bewahrheitet. Infolge des Geschreies, welches die hafatistische Presse erhoben hat, hat der Großherzog von Sachsen-Weimar die Verhand-lungen wegen Verkaufs seiner Güter abgebrochen; wie man sagt, sollen ihn auch hohe Einflüsse zu diesem Schritt bewogen haben.

Aber es muß zugegeben werden, daß in dieser Angelegenheit auch die polnischen Blätter eine große

Schuld trifft. Dieselben haben ihrer Freude über die voraussichtliche Erwerbung von Racot durch einen Polen vorzeitig Ausdruck gegeben; jedenfalls ist hierdurch erst die Aufmerksamkeit der Sakatisten auf diesen Gegenstand gelenkt worden, und dieses Vorkommniß sollte uns zur Warnung für die Zukunft dienen. Heutzutage haben sich die Verhältnisse in Großpolen so gestaltet, daß der Uebergang eines Besitzes in polnische Hand einer gewonnenen Schlacht gleichzurechnen ist. Aber ein solcher Sieg darf erst dann veröffentlicht werden, wenn der Kontrakt unterschrieben ist.

Es ist wohl nur Wenigen bekannt, daß im preussischen Staate auch von Ausländern Güter erworben werden können. Die Preise sind ja hoch, bei Gütern in auter Kultur erreichen sie die Höhe von 300 bis 350 Mark pro Magdeburger Morgen. Das ist soviel wie 18 bis 21 Mark für unsere Hufe. Dessen ungeachtet ist die Landwirtschaft im Posenischen gar kein schlechtes Geschäft, wenn sie nur verständig und energisch betrieben wird. Gegenwärtig fehlt es nicht an tüchtigen und erfahrenen Landwirthen im Posenischen. Man kann einen Gutskauf im Posenischen als eine vollkommen sichere Kapitalanlage betrachten, daher ist es zu verwundern, daß reiche Kapitalisten, an welchen in anderen Theilen Polens kein Mangel ist, sich dies nicht mehr zu Nutze machen. Neben einem guten Geschäft würden sie auch noch dazu beitragen, zu verhindern, daß polnisches Land in deutsche Hände übergeht. In Großpolen, im Lande des Ackerbaues, wo Handel und Industrie noch wenig entwickelt ist, sind große Kapitalien selten und Zufluchtsort solcher aus den anareisenden Theilen Polens sehr erwünscht. In dieser Hinsicht bezeugen die Deutschen fortwährend ihre Solidarität. Jeder deutsche Besitzer im Posenischen kann im Falle der Noth auf sichere Hilfe rechnen: diese Hilfe wird zuweilen mit einer lächerlichen Kindheit bewerkstelligt. Da war in Sarbinowo, einem fast ganz polnischen Dorfe, ein deutscher Windmüller: diesem ging es schlecht und zwar hauptsächlich deshalb, weil er lieber Bier und Schnaps trinken, als mahlen wollte. Seine Verhältnisse wurden immer schlechter, seine Schulden beim polnischen Gastwirth immer größer. Der Gastwirth fing schon an zu befürchten, daß er sein Geld nie wieder sehen würde. Zum Ueberflusse brach auch noch die Welle in der Mühle; die Reparatur war ziemlich theuer, wo sollte der Müller hiezu Geld herbekommen? Seine Nachbarn boten ihm nichts und er war über ihr unbarmherziges Benehmen sehr aufgebracht. In dieser schlimmen Lage fand sich indessen ein Freund, welcher ihm zwar nicht mit Geld, aber dafür mit einem guten Rath zu Hilfe kam. Dieser Freund in der Noth war der polnische Gastwirth. Er sagte zum Müller: „Schreibe an Tiedemann, sage, daß Du der einzige Deutsche im Dorfe bist, sage, wenn Du nicht bald Deine Mühle ausbessern kannst, man sie Dir abpfänden wird, und daß dann so der einzige Vertreter des Deutschthums aus dem Dorfe verschwinden wird.“ Darauf antwortete der Müller: „Ich kann mich nicht so schön ausdrücken, mein Brief würde nicht rührend genug ausfallen“, darauf der Gastwirth: „Ich werde Dir den Brief schreiben!“ und so hat denn der polnische Gastwirth den Brief für den bedrückten Deutschen verfaßt und zwar in höchst rührender Weise. Er stellte den Müller als einen heldenhaften deutschen Patrioten dar, der rastlos mit der „polnischen Frechheit“ kämpft. Nach einigen Wochen kam die ersuchte Hilfe in Gestalt einer nicht unbeträchtlichen Summe an. Daß der Herr Tiedemann dem bedrückten Deutschen seine Hilfe

versagt hätte, kann man nicht behaupten, die Sakatisten verfügen ja über bedeutende Mittel. Und was geschah weiter? Von dem erhaltenen Gelde bezahlte der Müller erst den vorsichtigen und dienstfertigen polnischen Gastwirth, dann ließ der deutsche Müller seine Mühlwelle ausbessern. Nach einigen Wochen verkaufte er die Mühle an einen Polen und ging in seine westfälische Heimath.

Aus Nr. 175 des Ozas

vom 1. August 1902:

In Pommern.

Aus Pommern erhält die Gazeta Polska eine Zuschrift, welche die vielen grundsätzlichen Unterschiede zwischen den polnischen Elementen in Pommern und den anderen Gegenden des preussischen Landestheils aufklärt. Wir geben diese Zuschrift wieder als Beitrag zu der Lage der Polen unter der preussischen Regierung. Der Korrespondent schreibt:

Vor allem muß man den Pommer vom Groß-Polen unterscheiden; denn zwischen beiden, zwischen den in Groß-Polen und in Pommern herrschenden Verhältnissen ist der Unterschied mindestens so groß, wie zwischen Schlesien und Groß-Polen. Zunächst ist das Zahlenverhältniß zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung hier ein anderes; in Groß-Polen und in Schlesien wohnt die polnische Bevölkerung in einer minder oder mehr geschlossenen Masse, in Pommern giebt es nur wenige und kleine rein polnische Inseln, z. B. in der Kassubei, in der Gegend um Preussisch-Stargard, in der Tucheler Heide, in der Löbauer und Strassburger Gegend. Im übrigen ist die polnische Bevölkerung mit der deutschen gemischt, und zwar nicht nur in den Städten, welche hier fast vollständig germanisirt sind, wenn auch nicht in demselben Maße, wie in Schlesien, sondern wir haben hier sogar auch keine polnischen Dörfer, mit Ausnahme jener Inseln und Inselchen. In den Dörfern ist die polnische Bevölkerung oft halb mit Deutschen vermischt; hunderte von Dörfern haben wir, in denen wir Polen die Minderheit bilden. In Groß-Polen und in Schlesien giebt es Dörfer dieser Art fast gar nicht; denn in den Kreisen Krausitz, Pomst, Meseritz, in den großpolnischen Westmarken sind die Dörfer in der Regel rein polnisch oder rein deutsch. Dasselbe kann man von den an der Grenze Polnisch-Schlesiens beleagerten Dörfern sagen. Welchen Einfluß dieser Umstand auf die nationale Widerstandsfähigkeit, auf den Germanisierungsprozeß, auf den Charakter und die Anschauungsweise des Volkes ausübt, ist leicht begreiflich. Der Pommer sieht den Deutschen mit andern Augen an, als der Schlesier und der Groß-Pole. Unsere Absichten hinsichtlich der Weise unsrer Vertheidigung sind verschieden. Den Pommer bringen in Verzweiflung das Liebaueln und die Schwäche der Großpolen dem Zentrum gegenüber, da letzteres hier unser Hauptfeind ist. Die hervorragendsten Posener Redakteure und Politiker werden hier als die Hauptschädlinge an der nationalen Sache angesehen, nicht etwa, weil man ihnen bösen Willen zuschriebe, sondern weil sie von unsern Verhältnissen eine Vorstellung haben wie der Wolf von den Sternen. Es besteht eine Menge von Ursachen dieses Abweichens der grundsätzlichen Anschauungen. Ich will hier folgendes Beispiel anführen:

In Groß-Polen lebt die deutsche Bevölkerung in einzelnen, oft meilenweit von einander entfernten Kolonien. Da diese Kolonien alt und die seit langem

anfässigen deutschen Ansiedler im Laufe der Jahrhunderte sich selbst überlassen worden sind, sind sie genöthigt, untereinander zu heirathen. Aus diesem Grunde sind bei ihnen öfter Verwandtenehen vorgekommen, und dies führt, wie das deutsche Volk in Groß-Polen sehr beredt bekundet, zur Zwerghaftigkeit. Darum ist auch der Typus des Deutschen in Groß-Polen — Schwächling und zu nichts tauglich.

Was geht daraus hervor? Der groß-polnische Bauer kennt die Deutschen nur als untaugliche, zwerghafte Leute. Der Schulbube in Groß-Polen wirft sich auf eine Schaar deutscher Kinder in der Ueberzeugung, daß er mit ihnen allen werde fertig werden können. Der groß-polnische Knecht, welcher beim Militär dient, ist von der körperlichen Erbärmlichkeit jedes Deutschen so überzeugt, daß er sich sogar durch die riesige Gestalt des Deutschen aus Westfalen und Mecklenburg nicht beirren läßt, indem er meint, jener Deutsche sei nur äußerlich ein Riese, im Grunde genommen sei er ein Schwächling. Keck handelt er mit jedem von ihnen an. Gerade dieser Muth des polnischen Bauern, diese Geringschätzung des Gegners imponirt den Deutschen, und sie geben, wie dies vor Kurzem ein gewisses ministerielles Organ gethan hat, amtlich selbst den polnischen Soldaten den Vorzug vor den deutschen.

Die Thatfache des Zwerghaftwerdens des deutschen Volkes ist auch in Galizien in den von Joseph II. gegründeten Kolonien festgestellt worden. Wer in Lemberg war, hat die große Zahl von schwächlich gebauten Kellnern bemerken müssen. Es sind das Deutsche, die Söhne von Ansiedlern aus der Lemberger Gegend, deren es in den Hotels und Restaurationen eine Unmasse giebt, da sie polnisch und deutsch sprechen und deren sich die Restaurateure mit Rücksicht auf die Offiziere bedienen.

Bei uns in Pommern hat das Volk von den Deutschen eine andre Vorstellung. Die hiesigen Deutschen geben in physischer Beziehung den Polen nichts nach. Die jahrhundertelange deutsche Herrschaft, die Raubsucht und die Macht des Kreuzritterthums haben die Pommern gelehrt, verständig mit den Deutschen zu rechnen. Hier weiß jedes die Schulbesuchende polnische Kind, daß es mehr Deutsche giebt, als Polen, daß die Deutschen die Stärkeren sind. Es ist ganz natürlich, daß die späteren Auffassungen sich im Leben anders gestalten, daß die Ansichten hinsichtlich der Taktik und des Nationalitätenkampfes bei uns von denen in Großpolen abweichen müssen, daß manches, was in Groß-Polen von Nutzen sein kann, bei uns schaden kann, daß die hiesige Bevölkerung einem Hauptwahlkomitee abhold ist und sein eigenes besitzt; denn in einem Zentralkomitee würden die Großpolen über alles das entscheidende Wort sprechen.

Zwischen dem Großpolen und dem Pommern bestehen noch andre Unterschiede, welche anderswoher stammen. Gegenwärtigen wir uns, daß die heimische Kultur in Pommern die älteste Kultur unsres Volksstammes ist, daß den Polen nur das Christenthum das Uebergewicht über Pommern verliehen hat, daß eine ganze Reihe von Jahrhunderten hindurch das Uebergewicht und die Führerrolle Pommern gehörte und daß eine Kulturerrungenschaft nicht so leicht vergeht.

Diese civilisatorische Ueberlegenheit der pommerschen Bevölkerung über die großpolnische tritt heute noch in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu Tage, in der besseren Wirtschaftsweise des hiesigen Bauern, sogar zweifellos in dem Charakter, in der Beharrlichkeit und Ausdauer, in der Ordnungsliebe, in der Sparsamkeit und überhaupt darin, daß alles

ernst und wichtig behandelt wird. Bis heut noch genießt der pommersche Landwirth unter den groß-polnischen Genossen den Ruf eines guten Wirths.

Nur mit dieser nationalen Widerstandsfähigkeit des pommerschen Volkes, welche ein Werk der alten Kultur ist, kann man die für uns erfreuliche Thatfache erklären, daß die Bevölkerung polnisch geblieben ist, ungeachtet dessen, daß die Kreuzritter sie mit dem Schwerte ausgerottet haben, daß man überall Deutsche angesiedelt hat, und daß hier kein Religionsunterschied vorhanden war und ist, dieses wichtigste Hemmnis der Germanisirung in Groß-Polen, denn Deutschtholiken giebt es hier überall. Das nationale Zahlenverhältniß hat sich hier bis vor Kurzem garnicht geändert. Die Koschneider — so nennt man die Deutschkatholiken in der Danziger Gegend — haben ihre Kinder für einige Zeit in polnische Dörfer geschickt, damit sie polnisch lernten, und umgekehrt thaten die dortigen Polen ein Gleiches. Der gleiche Brauch bestand in Ungarn zwischen Magyaren und Slovaken, wo ähnliche Sprachinseln vorhanden sind. Erst in neuester Zeit treten Aenderungen hierin ein. Wir hatten hier bis vor Kurzem die polnische Stadt Culm in einer deutschen Gegend und eine Reihe deutscher Städte in polnischen Gegenden. Das Hauptterrain des hartnäckigen Nationalitätenkampfes sind bei uns die Städte.

Aus Nr. 190 der Gazeta Narodowa

vom 27. Juli 1902:

Die politische Bedeutung der Streife der Landarbeiter.

In dem Dilo, dem ruthenischen Hauptorgan, finden wir eine sehr beachtenswerthe Bestätigung dessen, was wir schon früher in den ruhigen Kreisen der Bevölkerung des Landes allgemein annahmen, was aber nicht offen ausgesprochen wurde, um die Ruthenen nicht zu reizen, nämlich, daß die Stricke der Landarbeiter vor allem einen politischen Hintergrund haben, daß ihr Zweck nicht die Verbesserung der Lage des ruthenischen Volkes ist, sondern der Kampf mit dem polnischen Element im östlichen Theile des Landes. Die Zeitung Dilo schreibt in ihrem Leitartikel in Nr. 153, welcher diese Angelegenheit bespricht, Folgendes:

„Obgleich wir von allen uns von unseren Korrespondenten aus dem Stricketerrain übersendeten Nachrichten genau Notiz genommen haben, haben wir es dennoch bisher unterlassen, einen allgemeinen Ueberblick über die Situation zu geben, um den Thatfachen nicht zuvorzukommen. Die Masse der Bauern, welche in den Dörfern zerstreut umherwohnen, entzieht sich der genauen Uebersicht einer, wenn auch noch so energisch angelegten Organisation in dem Maße, daß noch in dem Augenblick, wo die Strickebewegung schon anfang, einen geschlossenen Charakter anzunehmen, es uns, die wir darin viel Erfahrung haben, dennoch nicht möglich war, trotz der uns vorliegenden Daten mit unserer Ansicht in dieser Angelegenheit hervortreten. Außerdem war es für uns von Werth, uns nicht zu zeitig in die Karten sehen zu lassen, um dadurch nicht die Wachsamkeit der „schwarzen Geister“ zu wecken und nicht gleich von Anfang an die Strickebewegung zu hindern; jetzt aber, wo der Massenstricke zur Thatfache geworden ist, jetzt, wo auch die konservative polnische Presse darüber orientirt ist, daß die Strickebewegung eine Folge des Systems ist, halten wir es für zweckentsprechend, nicht länger zu schweigen.“

Die edlen polnischen „Werchowods“ (Oberführer) haben schon die Gefährlichkeit ihrer Situation angeichts dieser neuen Form des Kampfes unserer Nation mit ihren national-politischen Bedrückern begriffen und sie haben daher nicht umsonst in ihren Organen Lärm geschlagen, indem sie auf unsere Partei und auf unsere Bestrebungen hinwiesen, welche sie als die Hauptaufwiegler und Anstifter der Strickebewegung bezeichneten.

Und die konservative polnische Presse hat tatsächlich den Nagel auf den Kopf getroffen; die jetzige Strickebewegung trägt außer ihrer natürlichen ökonomischen Grundlage nebenbei einen national-politischen Charakter; es ist dies eine Folge unserer zielbewußten Organisation, und der Richtung unserer Partei und unserer patriotischen Intelligenz. Das ist sicher, daß die unmittelbare Leitung der jetzigen Bauernbewegung, ihre Verbreitung und ihre ganze Organisation, ihr ruhiger und taktvoller Verlauf größtenteils das Verdienst unserer Partei ist, welche unserem Nationalkomitee untersteht.

Den Grundsätzen unseres national-demokratischen Programms folgend hat unser letzter Nationalkongreß den Beschluß gefaßt, so schnell wie möglich einen Stricke unter den Landarbeitern herbeizuführen, um sozial-ökonomische und national-politische Absichten damit durchzuführen. Schon vom zeitigen Frühjahr an hat das landwirtschaftliche Organ unserer Partei, die Smoboda, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen angefangen und systematisch für den Stricke Propaganda gemacht; zugleich hat das Nationalkomitee, welches viele Sitzungen in dieser Strickebewegung abgehalten hat, durch ein Rundschreiben alle Kreisorganisationen angewiesen, die Massen der Landleute mit dieser neuen Art des Kampfes vertraut zu machen und so viel als möglich schon in diesem Jahre zur Strickegenossenschaft beizutreten. Infolge dieses Rundschreibens hat man alsbald angefangen, den Boden für die Strickebewegung vorzubereiten.

Die Strickebewegung befindet sich, obgleich sie schon einen Massencharakter angenommen hat, noch im Anfangstadium. Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung sich auch über weitere Kreise verbreiten und die breiten Massen des Landvolkes in Mitleidenschaft ziehen wird.

Es ist Pflicht unserer Intelligenz, diese Bewegung zu unterstützen und nicht unthätig die Hände in den Schooß zu legen; wir müssen die Kreise, in welche der Stricke bis jetzt noch nicht gedrungen ist, daran erinnern, daß es hohe Zeit ist, der Organisation beizutreten, wenn man in diesem Jahre noch etwas schaffen will. Es ist um so leichter, dies jetzt zu bewerkstelligen, da die ruthenische akademische Jugend mit der Parole: „Für die Nation!“ jetzt auf die Dörfer gekommen ist (in den Ferien) und anfängt, als eifriger Mitfaktor in der Organisation der Bewegung aufzutreten.

So viel der Dilo. Jetzt ist der Charakter und das eigentliche Ziel der Strickebewegung unter den ruthenischen Landleuten im Ostheil des Landes schon ziemlich genau bestimmt. Die Schichten der Bevölkerung, welche von dieser Bewegung unmittelbar berührt werden, sollten, nachdem sie wissen, mit wem sie es zu thun haben, auch eine Aktion zu ihrem Schutz organisieren.

Nach einer Intervention der Mächte Umschau zu halten, wird hierbei nichts nützen, da die Mächte nur da berechtigt sind, sich hineinzumischen, wo es zu Gewalttaten kommt. Im Uebrigen kann aber eine vorsichtige, vernünftige und in allen Theilen gehörig überlegte lokale Organisation der Selbsthilfe

mit Erfolg diesen Intriguen der ruthenischen Radikalen entgegenhandeln. Eine solche Selbsthilfe ist gegenwärtig zur Pflicht der Nation geworden.

Aus Nr. 171 des Górnóslazak

vom 26. Juli 1902:

Das polnische Gymnasium in Teschen.

Das schon seit sieben Jahren in Teschen bestehende polnische Gymnasium hat gegenwärtig den Rechenschaftsbericht für das Schuljahr 1901/02 herausgegeben. In der Einleitung ist eine ausführlich und gründlich bearbeitete Abhandlung des Propstes Jozef Londzin über „den Stand der Volksschulen im Herzogthum Teschen zu Anfang des 19. Jahrhunderts“ enthalten. An der Spitze des amtlichen Theiles steht das Lehrer-Kollegium, welches im Berichtsjahre einschließlich dreier Lehrer für fakultative Unterrichtsgegenstände 17 Köpfe zählte. Wie bekannt, befindet sich der gegenwärtige Direktor des Teschener Gymnasiums, Herr Jozef Winkowski — nach dem Rücktritt seines Vorgängers, des Herrn Piotr Parlyak — das erste Jahr in seiner Stellung. An Schülern zählte das Teschener Gymnasium im Berichtsjahre 244, darunter befanden sich: 194 Katholiken, 49 Evangelische und 1 Jude. Alle Schüler zählten ihrer Muttersprache nach zur polnischen Nationalität. Die Klassifikation der Schüler weist auf: mit dem Prädikat „vorzüglich“ 37, mit dem Prädikat „1“ 159; zum Ergänzungsexamen wurden 17 bestimmt; das Prädikat „2“ erhielten 21 und das Prädikat „3“ 10. Das Schulgeld bezahlten im 1. Halbjahr 69 und im 2. Halbjahr 75 Schüler; die von den Schülern eingenommenen Gelder betrugen 4320 Kr.

Die wissenschaftlichen Sammlungen des Gymnasiums enthalten: eine Lehrerbibliothek (7779 Bände), eine Schülerbibliothek (1940 Bände), gleichfalls auch Kabinette für Naturgeschichte und Physik, sowie Hilfsmittel für Philosophie, Geographie und Weltgeschichte.

Aus der Chronik der Anstalt vermerkt der Rechenschaftsbericht unter Anderem: eine Feier am 19. November — Trauergottesdienst für die Ruhe der Seele der Kaiserin Elisabeth, sel. Angedenkens, den 15. Oktober als Tag der Schutzheiligen Schlesiens, der heiligen Jadwiga, begangen durch Gottesdienst und Befreiung der Schüler vom Unterricht. Schließlich fand auch am 11. Januar ein Mickiewicz-Abend statt. Wichtigere Verordnungen der Schulbehörden, die Bezeichnung der Bücher, die im Gymnasium im Jahre 1902/03 in Gebrauch genommen werden, die besondere Klassifikation der Schüler und die Bekanntmachung der Direktion, enthaltend die Bedingungen für die Neueintretenden schließen den amtlichen Theil des Berichts.

Dieser Rechenschaftsbericht läßt in uns vor Allem einen Gedanken der schmerzlichen und unangenehmen Erinnerung aufkommen. Das Teschener Gymnasium wird im kommenden Jahre nahezu 300 Schüler haben; es ist ein wichtiger Platz in unseren Westmarken — und dennoch ist es bis zu dieser Zeit noch nicht verstaatlicht worden. Die Fonds des Schulvereins sind erschöpft und die Ausgaben des kommenden Jahres im Zunehmen begriffen. Was wird werden, wenn wir es zulassen, daß dieser Heerd der polnischen Kultur inmitten des schlesischen Volkes erlischt; wenn dieses Volk, aus dessen Schooße die Intelligenz im Geiste der polnischen Sprache hervorgegangen ist, der Möglichkeit beraubt wird, sich

im eigenen Lande fortzubilden. Soll denn die Opferwilligkeit ganz Polen's, die freiwillige Aufbietung aller Kräfte des Volkes zu Grunde gehen, weil es uns kurz vor Beendigung der begonnenen Arbeit an Ausdauer mangelte?

Aus Nr. 346 des Dziennik Polski

vom 26. Juli 1902:

Kongreß der ruthenischen, akademischen Jugend.

Gestern begannen im Saal des pädagogischen Vereins die Berathungen des Kongresses der ruthenischen, akademischen Jugend. Es sind auf der Tagesordnung 3 Punkte vermerkt.

- 1) Die Angelegenheit der ruthenischen Universität,
- 2) der Russophylismus,
- 3) die Jugend und das Volk.

Kurz nach 9 Uhr Vormittags war der Saal bis auf den letzten Platz von der Jugend gefüllt; es befanden sich viele Damen darunter. An dem Journalistentisch sitzen 3 Berichterstatter polnischer Zeitungen; von ruthenischen Blättern hatte kein einziges einen Korrespondenten geschickt, es waren auch zwei Gelehrte, der Akademiker Dusek und der Mitarbeiter des Prager Cas, Herr Bros, im Saale anwesend. Die ruthenischen Akademiker aus Prag hatten diese beiden mitgebracht.

Kurz vor 10 Uhr eröffnete der Akademiker Starosolski die Versammlung, indem er mit grellen Farben die gegenwärtige ukrainisch-ruthenische Lage schilderte; dann konstituirte sich die Versammlung, indem sie durch Zuruf den Akademiker Heleni aus Wien zum Vorsitzenden wählte und zu seinen Vertretern die Akademiker Simonowicz aus Czernowitz und Bocian.

Referent bei Berathung der ersten Frage der Tagesordnung war der Akademiker Rosciewicz (ein von der Lemberger Universität wegen verschiedener Vorgänge relegirter Student). Zwei Stunden lang fesselte er die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer und tödtete die Nerven derselben mit Aufzählung aller Sünden des polnischen Volkes, welches, wie es scheint, sich durchaus nicht für die ukrainische Idee begeistern will; noch mehr, der Redner verurtheilte summarisch alle ruthenischen Abgeordneten, welche nach seiner Meinung nicht energisch genug für die Rechte der galizischen Ukraine eintreten. Nach Ansicht des Referenten sollte man die Angelegenheit der ukrainisch-ruthenischen Universität in Lemberg mit der Agrarfrage vereinigen.

Die ruthenischen Akademiker müßten aufhören, außer Landes zu gehen; selbst wenn die Polen an 40 Universitäten haben, so würde ihnen doch die ukrainische nicht hindernd im Wege stehen. Im weiteren Verlauf seiner Rede war der Redner bestrebt, seine Zuhörer davon zu überzeugen, daß die polnischen Professoren an der Lemberger Universität die ruthenischen Studenten provoziert hätten, daß sie die größten Gegner der ruthenisch-ukrainischen Nation sind.

Zum Schluß verlas der Redner nachstehende Resolution:

1) Die hier versammelte ukrainische Jugend ist der Ansicht, daß der, der ukrainischen Nation feindlich gesinnte polnische Adel und seine Anhänger daran schuld sind, daß sie noch immer keine eigene Universität hat; daß alle ukrainischen Angelegenheiten von diesem Faktor abhängen.

2) Sie betrachtet es als durchaus nothwendig, daß der Kampf um eine ruthenische Universität, welcher bis jetzt mit der Regierung und den Behörden geführt wurde, welche die Volksbildung obliegt, von jetzt ab gegen den polnischen Adel geführt werden müsse; an diesem Kampfe sollen sich auch die wohl organisirten Massen des Volkes betheiligen, es soll ein Kampf werden, welcher Aenderung aller sozial-politischen Verhältnisse in Galizien nach sich zieht.

3) Alle Kollegen werden aufgefordert, ihre Kräfte dem Unternehmen zu widmen, alle Schichten des ukrainischen Volkes sollen bestrebt sein, eine selbständige ukrainische Universität zu erlangen, sowie eine gründliche Aenderung der jetzigen Zustände herbeizuführen.

4) Und zwar im Hinblick:

- a. auf die Vortheile, welche ein fernerer Kampf um die Muttersprache, die den Ruthenen auf der Universität Lemberg garantirt worden ist, mit sich bringt;
- b. auf die Nothwendigkeit einer recht nahen und unmittelbaren Berührung mit den Massen des Volkes;
- c. auf die Nothwendigkeit, den Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu führen;
- d. auf den Rücktritt des Senats, welcher aus Leuten besteht, welche die ukrainisch-ruthenische Jugend herauszufordern pflegen.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß das Hinderniß, welches die Akademiker abhielt, sich bei der Lemberger Universität für das Winterhalbjahr einschreiben zu lassen, damit beseitigt wird und somit die logischen Gründe fortfallen, welche jetzt zum Studium im Auslande drängen.

Was aus diesen Resolutionen geworden ist, weiß unser Berichterstatter nicht, denn nach ihrer Bekanntmachung durch den Referenten interpellirte ein anwesender Herr H. den Vorsitzenden, indem er fragte, was das zu bedeuten hat, daß am Tische der Zeitungsberichterstatter nur Mitarbeiter der gegnerisch-polnischen Zeitungen Platz genommen hätten.

Es entwickelte sich über dieses Thema eine sehr lebhafte Debatte, es wurden Stimmen laut, welche sich darüber aufhielten, daß für die polnischen Journalisten kein Platz bei dem Kongreß sein sollte; alle Rufe des Akademikers R.: „Betragt Euch doch wie Europäer!“ halfen nichts, die Teilnehmer aus der Ukraine wollten keine Europäer sein, und eine, wenn auch tendenziöse Diskussion hätte uns doch einen größeren Nutzen gebracht, als völliges Schweigen.

Es wurde endlich beschlossen, daß außer dem Naprzod (Vorwärts) und dem Promien (Strahl) keine andere polnische Zeitung ihre Repräsentanten zum Kongreß zu entsenden berechtigt ist; auf diesen Beschluß verließen die Zeitungs-Berichterstatter den Saal.

Aus Nr. 177 des Goniec Wielkopolski

vom 2. August 1902:

Die Fabrikanten von Konzessionen in der Statthalterei in Galizien.

Am Donnerstag, den 17. d. M. herrschte große Aufregung in der Statthalterei. Es fand eine polizeiliche Durchsuchung in den Räumen des Gewerbeamtes statt und schließlich begannen die Verhaftungen. Es wurden verhaftet in erster Linie

der Offizial Papierkowski, ferner der Unterbeamte Dialekowsk, alsdann der emerit. Bezirkskommissarius Szeligowski, ein Unterbeamter der Statthalterei, schließlich noch ein zweiter Unterbeamter der Statthalterei. Die Verhafteten wurden nach einigen Tagen auf freien Fuß gesetzt, jedoch verblieb im Untersuchungsgefängnis ein gewisser Gerson Rappaport. Im Gewerbebureau der Statthalterei fertigte man Konzessionen und erledigte einschlägige Rekurse, ohne sich mit den höheren Instanzen ins Einvernehmen zu setzen, mit einem Wort, man betrieb Fälschungen in großem Stile und zog schließlich sogar den Statthalter in das Spiel mit hinein, denn auf den Akten fand sich mitunter seine Unterschrift. Die Angelegenheit kam in Folge eines bei der Statthalterei eingegangenen anonymen Briefes an die Öffentlichkeit, doch behaupten andere, daß ein gewisser Bierbaum sich selbst verrathen haben soll.

Aus Nr. 167 des Czas

vom 23. Juli 1902:

Die Geistlichen Seminare im Königreich Polen.

In Nr. 3 des Rundschreibens des Kurators des Warschauer Schulbezirks ist, wie der Warschauer Dziennik mittheilt, folgende Bekanntmachung enthalten:

In Verfolg eines Berichtes des Ministers des Innern, in welchem die Zahl der Vorträge im Russischen, in der Literatur und Geschichte auf den geistlichen, römisch-katholischen Seminarien des Königreichs Polen als unzulänglich befunden wird, hat Seine Kaiserliche Majestät unterm 17. Januar d. J. befohlen, daß in allen Seminaren einstweilen bis zur endgültigen Festsetzung von Vorträgen in oben genannten Unterrichtszweigen nachfolgende Verordnung in Kraft treten soll:

Die Alumnus, welche das Seminar verlassen, und welche wünschen, eine Stellung in einer Pfarodie oder eine andere geistliche Stellung zu bekleiden, können, falls sie von den Gouverneuren oder den Vorgesetzten der Schulbehörden als ungenügend vorbereitet in russischen Fächern bezeichnet werden, bei Erfüllung aller sonstigen Bedingungen, nur dann zum Ante zugelassen werden, wenn sie ein Zeugnis beibringen, daß sie in den oben genannten Fächern ein Zusatzexamen absolviert haben, welches dem von dem Minister des Innern für die römisch-katholischen Seminare aufgestellten Programm entspricht. Zeit und Ort zur Abhaltung eines solchen Examens wird nach näherem Einvernehmen zwischen dem Kurator des Warschauer Schulbezirks mit dem zuständigen Generalgouverneur bekannt gegeben werden.

Aus Nr. 185 der Gazeta Narodowa

vom 22. Juli 1902:

Die Russen über Grunwald.

Der Grunwaldfeier, bei welcher wir unlängst zugegen waren, widmet die russische Presse mehrere Bemerkungen, welche uns sehr sympathisch berühren. Am bemerkenswertheften ist in Bezug hierauf die Stimme der so sehr einflußreichen Nowoje Wremia. Wir lassen einige Absätze aus ihrem Artikel, welcher „Am Jahrestage von Grunwald“ betitelt ist, hier folgen:

„Man kann nicht leugnen, daß der höchste Lenker des germanischen Volkes recht viel politisches Geschick bewiesen hat, als er in Bezug auf die den Preußen untergebenen Polen in einen neuen Kurs einlenkte. Es wurden nicht nur 50 Millionen kaiserliche Deutsche und die wohlgefüllten Kassen des Staates von der Höhe des Thrones aufgerufen, um das neue große germanische Werk zu vollenden, welches der Grausamkeit der Kreuzritter des 12. und 14. Jahrhunderts würdig an die Seite gestellt werden kann, sondern es wurden auch in vorzorglicher Weise alle irgend denkbaren Mittel vorbereitet, daß alle schweren Streiche die Köpfe ihrer ausgewählten Opfer nach Möglichkeit treffen konnten, ohne daß irgend welche Nebenhindernisse eintraten. Zu diesen Mitteln gehörte nach Meinung der Nowoje Wremia die Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen. Die deutsche Nation sollte es wirklich sich angelegen sein lassen, sich mit dem westlichen französischen Gegner auf guten Fuß zu stellen, um alle Kräfte gegen den slavischen, dem polnischen Osten zu richten.“

Der Angriff gegen die Polen ist schon unternommen, aber sie haben mächtige Freunde und Bundesgenossen, Beschützer in Rom. Das offizielle Preußen fängt daher jetzt an, sich beim Papst einzuschmeicheln und der zu ihm zur Gratulation gesandte preußische katholische General erhascht in seiner vertraulichen Unterredung mit dem Papst einige Komplimente unter der Adresse seines Vaterlandes. Wir wollen die Folgerungen der Nowoje Wremia in dieser Angelegenheit hier nicht weiter anführen; dieses Blatt zweifelt übrigens selbst an der Existenz irgend welcher Entente zwischen dem Vatikan und Berlin. Wir erinnern nur daran, einen wie ungünstigen Eindruck die Nachener Rede im Vatikan hervorgerufen hat; die Zeitungen, welche dem Kardinal Rampolla nahe stehen, haben ihre Verwunderung darüber ausgedrückt, daß Kaiser Wilhelm mit einem Absatz aus einem Privatbrief des Papstes Mißbrauch getrieben hat, daß er ihn in einer öffentlichen Rede von der Höhe des Thrones citirt hat. Trotz aller Versuche aus Berlin, wird es keinem Preußen gelingen, die Harmonie zwischen dem polnischen Volk im Rosenschen und dem ihm sehr geneigten heiligen Vater zu stören; dies Kunststück ist nicht einmal Bismarck gelungen, so wird es auch seinen elenden Nachahmern nicht gelingen. Als einen weniger gelungenen Winkelzug muß man das unnötige, drohende Gerassel mit den germanischen Waffen auf den Mauern und sodann in der Stadt Marienburg bezeichnen. Nicht nur die Polen allein, sondern die allgemeine Meinung in Mitteleuropa ist durch den Trompetenstoß, welcher von Deutschland ausging, in tiefe Entrüstung gerathen. Es wurde noch niemals so viel von der pangermanischen Gefahr gesprochen und von der alldeutschen Bewegung als jetzt, wo es unmöglich ist, daran zu zweifeln, daß das halbschamlose, unersättliche, alldeutsche Programm immer mehr an solchen Prestige gewinnt, wie es sich ein Schönerer, ein Wolf und mit ihnen ähnliche Helden bis vor Kurzem nicht träumen ließen. Ein Aufruf zum Kampf inmitten des tiefsten Friedens ist zweifellos geeignet, eine gewisse Reaktion unter den Deutschen hervorzurufen, besonders jenseits der preußischen Grenzen, in den durch diese preußische Aufforderung wackergerüsteten österreichischen Ländern.“

Hierauf spricht der Autor von den großen Reibereien zwischen den Brüssophylen und den guten Bayern im bayerischen Landtage. München ist in letzter Zeit das Nest der österreichischen Propaganda geworden. Dann ist in dem Artikel die Episode

mit dem Berner Professor Vetter beschrieben, welcher im Beisein Kaiser Wilhelms die Schweiz eine „deutsche Provinz in geistiger Hinsicht“ genannt hat. Seine Studenten haben ihm hierfür eine Katzenmusik gebracht und der Senat ertheilte ihm eine Rüge, infolge deren Vetter seinen Abschied nahm. Sodann ist die Rede von dem Umschwung, welcher sich in der ungarischen Presse gegen die Deutschen und besonders die Preußen bemerkbar macht. Zuletzt wird die Grunwaldfeier besprochen. Der Artikel der *Nowoje Wremia* endigt mit den Worten: „Es ist zweifellos, daß die Ereignisse der letzten Zeit, die kriegerische Parole von den Mauern Marienburg's, die Worte: „jarmatische Freiheit“, welche ursprünglich in den Telegrammen fortgelassen, später aber von Niemandem bestritten wurden, in der slavischen Welt eine Reaktion hervorgerufen haben, die um so tiefer und mächtiger ist, je weniger geräuschvoll sie sich jetzt offenbart. Wer weiß, wenn die Deutschen in dieser Weise fortfahren werden, kann es kommen, daß nach acht Jahren, wo der 500 jährige Gedenktag der Schlacht bei Grunwald gefeiert wird, die slavische Welt in einem ganz anderen Tone antworten wird.“

Den obigen Artikel hat der hiesige *Saliczanin* mit allen Einzelheiten abgedruckt.

Aus Nr. 266 des *Nowy Głos Polski*

vom 29. Juli 1902:

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden in 100 Jahren slawisch sein.

In der Buffaloer Zeitung: „Der Pole in Amerika“ lesen wir: Der deutsche Kanzler Graf Bülow nannte die Polen unlängst Kaninchen, weil sie diesen ähnlich, sich sehr zahlreicher Nachkommenschaft erfreuen; dies war ein sehr alberner Witz des Grafen Bülow, wir brauchen uns indessen über denselben nicht zu ärgern, denn ohne es zu wollen, hat der Kanzler damit die Polen als eine Nation voller Lebenskraft anerkannt, welche noch weit ab vom Aussterben ist.

Es ist ein Glück für die Polen, daß sie so zahlreiche Nachkommenschaft haben, denn im entgegengesetzten Falle hätten uns unsre Feinde schon längst gefressen und heut wären vielleicht nur noch geringe Ueberbleibsel der polnischen Nation übrig. Nun ist

aber der natürliche Zuwachs bei den Polen sehr groß und ihm ist es zu danken, daß trotz aller Verfolgungen, trotz der beständigen und systematischen Russifizierung und Germanisierung sich die Zahl der Polen fortwährend sehr vermehrt zum größten Schrecken unsrer Gegner. Die Polen in Amerika verdanken es nicht nur der Auswanderung, sondern hauptsächlich dem natürlichen Zuwachs, daß trotz dem fortwährend eine bedeutende Entnationalisierung hauptsächlich unter den jungen Polen stattfindet, die Polen in Amerika nicht nur nicht abnehmen, sondern sich sehr vermehren.

Es giebt in Amerika viele polnische Kolonien, in denen noch vor 25 Jahren nur zur Noth einige hundert polnischer Seelen herausgerechnet werden konnten, heut zählt man sie in diesen Kolonien nach Zehntausenden. In Buffalo z. B. waren vor 30 Jahren kaum 70 polnische Familien mit etwa 400 Seelen, dagegen beträgt jetzt die Zahl der Polen dort 60 000. Es sind allerdings sehr viele polnische Emigranten aus ihrem alten Vaterlande herübergekommen, aber der natürliche Zuwachs macht doch am meisten aus. Ebenso wie in Buffalo ist die Zahl der Polen auch in andern Städten gestiegen, z. B. in Chicago, in Milwaukee, Cleveland, Detroit, aber nicht nur den Polen, sondern auch anderen slavischen Völkern ist diese Fruchtbarkeit eigen, z. B. den Slowaken, Böhmen und Ruthenen, alle diese erfreuen sich eines reichen Kindersegens. Während die amerikanische, irrländische, theilweise auch deutsche Familie 1, 2 oder höchstens 3 Kinder in der Regel besitzt, haben die Slaven meist deren 8, 10, 12 oder auch mehr. So hat denn ein amerikanischer Statistiker herausgerechnet, daß, wenn dieser natürliche Zuwachs noch 100 Jahre andauert, die Vereinigten Staaten dann zum größten Theil aus Slaven bestehen werden. Diese würden, da sie alsdann in der Majorität sind, das Land beherrschen; ob sich die Slaven aber immer einer solchen Fruchtbarkeit erfreuen werden, hängt von ihnen selbst ab, oder vielmehr davon, was sie für ein Leben führen werden. Nichts trägt mehr dazu bei, daß ein Volk bald ausstirbt, als Unmoralität und leichtfertiges Leben und umgekehrt, nichts bewahrt einem Volk so die Lebenskraft, als Enthaltbarkeit, Mäßigkeit und Moralität; je moralischer, je enthaltamer ein Mensch ist, desto brauchbarer ist er für die menschliche Gesellschaft.